

# Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 21. April 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 16

## Zwischen den Wahlen

Die wahlberechtigte Bevölkerung legte bei den Wahlen zum Reichspräsidenten ein Reifezeugnis ab. Sie steht mit großer Mehrheit hinter der Republik und ihrer Verfassung. Es stand durch den Ausgang vom 13. März wohl bereits mit aller Bestimmtheit fest, Hindenburg wird wieder Reichspräsident. Somit hatte sein Rival, der faschistische Abgott, keine Chancen, Deutschland in das faschistische Lager zu überführen. Um etwa ¼ Millionen Stimmen steigerte sich die Wählerschaft für Hindenburg, und Hitler konnte die deutschnationalen Stahlhelmstimmen fast vollständig an sich reißen. Darüber hinaus erhielt er noch Stimmenzuwachs aus dem kommunistischen Lager, dem Treibsande wirtschaftlich verelendeter Menschen, die nach der ihnen eingetrichterten Ansicht kommunistischer Führer in Hitler das kleinere Übel sahen. Die Verschiebungen vom 1. zum 2. Wahlgang sind sehr anschaulich in nachfolgender Tabelle wiedergegeben:

1. Wahlgang.	
Abgegebene Stimmen	37 889 626
Wahlbeteiligung . . .	(86,2 Proz.)
Hindenburg . . . . .	18 650 730 (49,6 Proz.)
Duesterberg . . . . .	2 557 590 (6,8 Proz.)
Hitler . . . . .	11 339 285 (30,1 Proz.)
Thälmann . . . . .	4 983 197 (13,2 Proz.)

2. Wahlgang.	
Abgegebene Stimmen	36 491 694
Wahlbeteiligung . . .	(83,2 Proz.)
Hindenburg . . . . .	19 359 642 (53,0 Proz.)
Duesterberg . . . . .	—
Hitler . . . . .	13 417 460 (36,8 Proz.)
Thälmann . . . . .	3 706 388 (10,2 Proz.)

Die Faschisten konnten 36,8 Proz. der Stimmen auf sich vereinigen. Dieses Ergebnis war nur dadurch möglich, daß der faschistische Einbruch in das rechtsstehende bürgerliche Lager vollständig gelungen ist. Jene Parteien, die in ihrer reaktionären Einstellung Todfeinde der Republik sind, wurden fast vollständig von den Faschisten aufgesaugt. Ob sie bei den kommenden Wahlen der Länder wieder in ihr Parteilager zurückströmen werden, darüber wird recht bald der Beweis erbracht.

Weit mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, nämlich 53 Proz., vereinigten sich auf den Repräsentanten der Republik. Hier kann von keinem labilen Wählermaterial die Rede sein, denn in den zwei Wahlfeldzügen, die mit unerhörter Heftigkeit geführt wurden, hat die republikanische Wählerschaft den Beweis ihres politischen Reifegrades erbracht. Ein anderes Bild sehen wir im faschistischen Lager. Die dort zusammengeströmten Wählermassen setzen sich zusammen aus Kapitalisten und Industriellen, aus ausgebooteten Fürsten und Offizieren, bis herab zu vielen, infolge der Wirtschaftskrise verelendeten Menschen. In einem solchen Parteilager kann kein Programm entstehen, das allen Rechnung

trägt. Diese politische Spekulationsgesellschaft hat ihren Auftrieb nur ihrer raffinierten Agitationsmethode zu verdanken. Sie kann unmöglich bei den ihr zugelaufenen Wählermassen ein Fundament schaffen zum Aufbau einer stabilen politischen Partei. Es wird sich schon bei den Landtagswahlen zeigen, daß dieser Treibsand, so rasch wie er ange-

habe sich eine überzeugte revolutionäre Wählerschaft gebildet. Heute steht fest, daß der Faschismus auf den Schultern Hugenberg's und Thälmann's sich emporschwingen konnte. Dieser Wahlausgang zeitigte für die Arbeiterschaft bestimmt das furchtbarste Ergebnis.

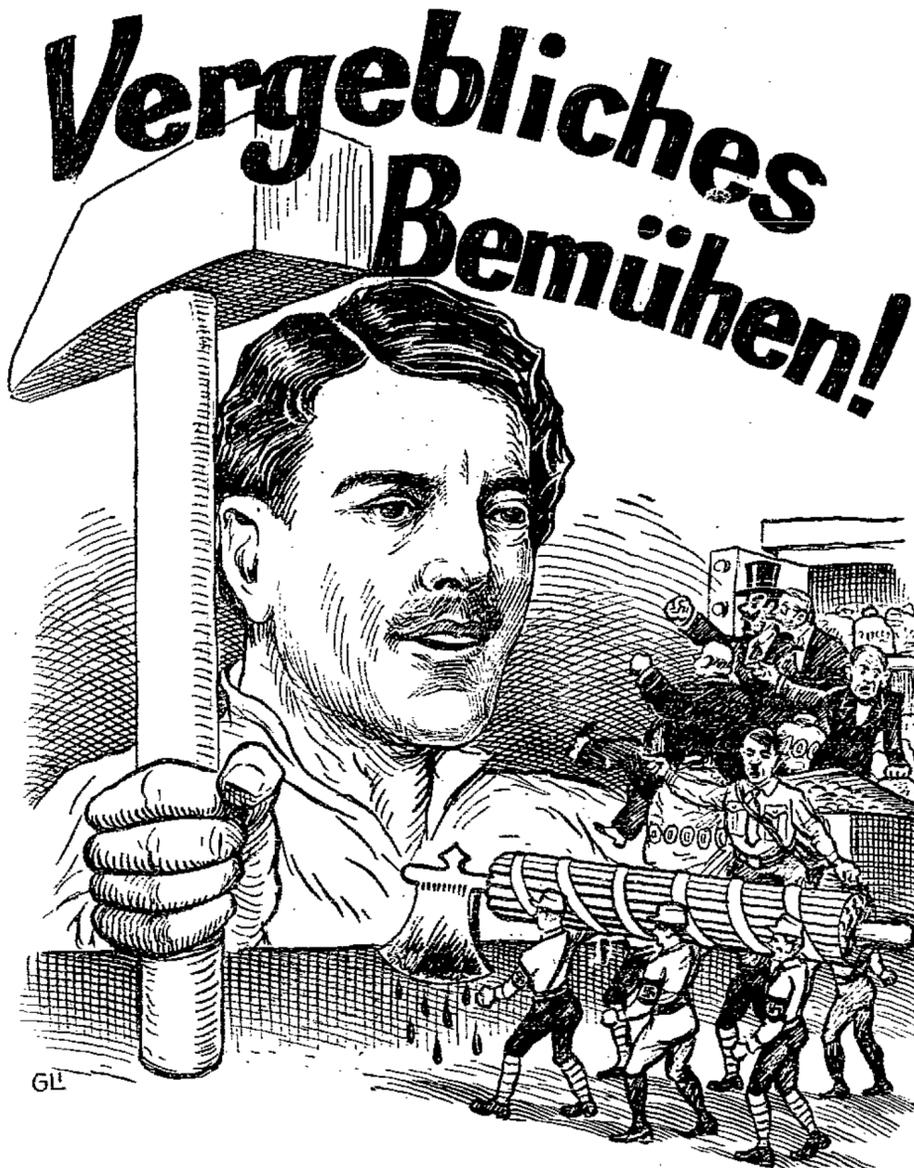
Schon treten die Parteien zur neuen Wahlschlacht in einzelnen Ländern an; und wiederum wird die Eiserne Front den Beweis erbringen, daß die Sozialdemokratische Partei von allen werktätigen Menschen als ihre einzige politische Interessenvertretung anerkannt wird. Die Gewerkschafter wissen, wenn die Landtagswahlen eine faschistische Mehrheit bringen, daß die Gefahren zur Unterbindung ihres wirtschaftlichen Schutzes nicht minder sind, als wenn die Faschisten den Reichspräsidenten stellen würden. Die kommenden Tage werden wiederum alle Gewerkschafter veranlassen, mit größter Machtanstrengung Aufklärungsarbeit zu den kommenden Landtagswahlen zu leisten.

Am 24. April werden in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt die Wahlen für die Länderparlamente vollzogen. Die Faschisten rennen mit dem Angebot ihres Lügenapparates gegen die Sozialdemokratische Partei an. Sie wissen, wenn sie in diesen Ländern einen bestimmten Einfluß erreichen, daß sie dann ihrer Zielsetzung ein gutes Stück näher gekommen sind. Am schärfsten umstritten wird die Regierung in Preußen, die seit der Revolution unter Führung eines sozialdemokratischen Präsidenten hervorragende Arbeit zur Sicherung der Republik geleistet hat. Hier, wo früher nur die Kraut- und Schlotjunker den Ton angaben, wo das schändlichste Klassenwahlrecht herrschte und der werktätige Mensch der größten Verfolgung ausgesetzt war, wo die Kaste der oberen Zehntausende die Unterjochung der Arbeiterschaft gesetzmäßig betrieb, hier wollen die Faschisten die Macht eringen. Die organisierte Arbeiterschaft wird auch bei diesen Wahlen ihre Pflicht erfüllen und sozialdemokratisch wählen. Sie wird wiederum den Beweis erbringen daß sie zu den größten Opfern bereit ist, um den Faschismus niederzuringen. Bereits jetzt ist ein Abflauen der Nazistimmung durch den Ausgang der Präsidentschaftswahl wahrzunehmen. Die Zeiten des großen Zustroms zu den Faschisten sind vorüber. Und die Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß die Partei der politischen Phraseure bald der Lächerlichkeit anheimfallen wird.

Unsere Aufgabe ist in diesen Tagen, wieder alles einzusetzen bei der Aufklärungsarbeit in den Bekanntenkreisen und mit größter Hingabe an der Zertrümmerung des Faschismus tätig zu sein.

Auch jetzt gilt es:

## Schlagt den Faschismus, wählt sozialdemokratisch!



trieben wurde, wieder weggeschwemmt wird. Nach der anderen Richtung zeigte uns die Präsidentschaftswahl ein beschämendes Bild der Verkörperung der Talentlosigkeit und Kurzsichtigkeit der kommunistischen Strategen. Die Absplitterung der SAP. durch die Parole: Stimmenenthaltung, und der Ausbruch der Leninisten, die für Hindenburg votierten, wie auch der Uebergang einiger hunderttausend kommunistischer Stimmen in das Nazilager ist bekannt. Die zweite Zählung brachte für die Kommunistische Partei eine furchtbare Katastrophe mit sich. Etwa 1,3 Millionen Stimmen verließen den kommunistischen Kandidaten, so daß der prozentuale Wähleranteil von 13,2 auf 10,2 sank. Der Stimmenrückgang im allgemeinen fällt vollständig den Kommunisten zur Last. Das ist sicher keine Ursache, zu der Meinung zu kommen, im kommunistischen Lager

# Ausserordentlicher Kongress des ADGB.

Die Belebung der Wirtschaft ist die vordringlichste Aufgabe aller, die gewillt sind, für Millionen von Menschen das tagtäglich ansteigende Elend zu beseitigen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte zum 23. März einen außerordentlichen Kongress festgesetzt, der jedoch vertagt werden mußte auf den 13. April.

Im Plenarsaal des Reichstages fand nun diese wichtige Tagung statt. Allgemeines Befremden verursachte die Mitteilung bei der Kongreßöffnung, daß der Reichskanzler trotz bestimmter Zusage, im Kongress zu erscheinen, in letzter Minute mitteilte, daß er zu seinem Bodauern verhindert sei. An seiner Stelle nahm der Reichsarbeitsminister an der Tagung teil. Es waren außerdem vertreten die Preußische Regierung durch die Genossen Braun und Severing, der Berliner Polizeipräsident, Reichstagspräsident Löbe, der Wirtschaftsminister und der Preußische Finanzminister.

Bundesvorsitzender Leipart erklärte in seiner Eröffnungsrede: Die furchtbare Tatsache, daß über 6 Millionen Menschen arbeitslos sind, habe die Öffentlichkeit allmählich abgestumpft, und von keiner Seite wird versucht, diesen himmelschreienden Zustand zu beseitigen. Auch die verantwortlichen Stellen verhalten sich gegenüber dieser unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten drängenden Frage der deutschen Politik allzu passiv. Um so nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben.

Eine Politik der wirtschaftlichen Verständigung im übernationalen Rahmen wird durch tiefgreifende politische Widerstände erschwert, die auf den Krieg und auf den Versailler Vertrag zurückgehen und die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise unheilvoll verschärfen. Trotzdem, nein, gerade deshalb haben die Gewerkschaften sich immer wieder für die weltpolitische Verständigung eingesetzt, sind sie für eine internationale Kreditvereinbarung als finanzielle Grundlage einer großzügigen Arbeitsbeschaffung eingetreten.

Aber die aktive Förderung internationaler Maßnahmen zur Linderung und Behebung der Arbeitslosigkeit, deren Durchführung nur langsam zu überwindenden Schwierigkeiten begegnet, entheben die Reichsregierung und alle Stellen, die mit Verantwortungsbewußtsein an einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse arbeiten, nicht von der Verpflichtung, auch im Rahmen der

## nationalen Wirtschaftspolitik die Arbeitsbeschaffung

anzubahnen. Die Deflationspolitik der Reichsregierung war gegen die eigenen Volksgenossen, insbesondere gegen die großen Schichten der Arbeiter und Angestellten, von einer bis an die äußerste Grenze des Erträglichen gehenden Rücksichtslosigkeit. Bei allem Verständnis für die außenpolitischen Argumente der Reichsregierung haben die Gewerkschaften diese Politik entschieden bekämpft. Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne führen unweigerlich zu einer Verelendung der breiten Volksmassen, sie zerstören nicht nur die Kaufkraft und damit eine der Voraussetzungen der Belebung der Wirtschaft, sie untergraben die Grundlagen der staatlichen Ordnung, sie steigern die innerpolitischen Spannungen. Diese Wirkungen treten um so unvermeidlicher ein, wenn nichts geschieht, um durch Mittel, die keine besonderen Aufwendungen, sondern nur Entschlußkraft erfordern, die Not zu lindern. Nichts ist trotz der wiederholten dringenden Mahnungen der Gewerkschaften geschehen, um durch systematische, gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Arbeitsbeschaffung und Verteilung der Arbeitsgelegenheit sind aber untrennbar verbunden.

Es ist ein Skandal, daß noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet wird, daß noch immer vielfach Ueberstundenarbeit geduldet wird, daß noch immer Leute, die Pensionen beziehen, anderen Arbeitsplätze wegnehmen, daß kein ernsthafter Versuch unternommen worden ist, die Frage des Doppelverdienstes zu lösen.

Viele Zehntausende würden Arbeitsmöglichkeiten finden, wenn dieser Skandal aufhört, weitere Zehntausende würden wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden können, wenn

endlich die allgemeine gesetzliche 40-Stunden-Woche

eingeführt würde. Der Reichsarbeitsminister hat im September eine Notverordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Sie ist bis heute noch nicht erlassen worden.

Der Ruf nach Kostensenkung hat dafür um so mehr Gehör gefunden. Dauernd wurden mit staatlicher Hilfe die Löhne gesenkt mit der Begründung, daß dann alles besser werden würde. Tatsächlich

ist nichts besser geworden. Das wissen auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April

fast alle Tarifverträge gekündigt,

um weitere Lohnkürzungen durchsetzen zu können. Neue Schiedssprüche liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabzug von 10 Proz. aufzwingen.

Der Kongress erhebt entschieden Protest gegen diese widersinnige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß. Von Notverordnung zu Notverordnung ist die Zahl der Arbeitslosen gewachsen. Das darf nicht so weitergehen.

Es ist fast ein Wunder, daß das deutsche Volk nach allem, was ihm zugemutet wurde, diesen Winter überstanden hat.

**Die Disziplin und moralische Kraft der Arbeiterschaft verdient die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entsagung und Opfer müssen endlich eine Grenze haben.**

Noch hofft die Masse der organisierten Arbeiter, daß es den Gewerkschaften mit Hilfe von Staat und Reichsregierung gelingt, dem Massenelend zu steuern, die Krise durch Arbeitsbeschaffung zu lindern, eine Belebung der Wirtschaft anzubahnen. Soll dieses Vertrauen auch noch zerstört werden? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern um des Staates und des Volkes willen.

Man hat gesagt, eine Arbeitsbeschaffung großen Stils sei mit Rücksicht auf die außenpolitischen

## Selbstschutz bedingt eine starke Organisation!

**Am 23. April ist der 18. Wochenbeitrag fällig**

Interessen unmöglich. Man hat besonders darauf verwiesen, Frankreich werde daraus den Schluß ziehen, daß Deutschland noch nicht so arm sei. Indessen, dieser Hinweis kann nicht gelten. Im Mittelpunkt der französischen Politik steht die Sicherheitsfrage. Die Gewerkschaften stellen daher vor aller Welt die Frage:

**Dient es der Sicherheit Frankreichs, dient es der ernstgemeinten Befriedung Europas und der Welt, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verelendung immer weitere Kreise der Bevölkerung, besonders auch der arbeitslosen Arbeiter, der Verzweiflung und dem politischen Radikalismus verfallen?**

Kann also Frankreich im Ernst Folgerungen für seine weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet zu dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Verzweiflung des politischen Radikalismus zu begegnen?

Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf daher die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Inangriffnahme der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben. Arbeitsbeschaffung ist unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik! (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Beschlossen wurde, das Büro des Frankfurter Kongresses wieder einzusetzen mit den Genossen Brandes, Schumann und Leipart als Vorsitzenden. Kollege Egger vom Bundesvorstand begründete in längeren Ausführungen die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung. Das kapitalistische Wirtschaftssystem versage. Diese geschichtliche Tatsache ist für unsere Forderung nach Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand von entscheidender Bedeutung. Er wies nach, wie im Verlaufe der durch die politischen Spannungen verschärften Wirtschaftskrise die industrielle Weltproduktion um ein volles Drittel im verflorbenen Jahr gesunken ist. Am schwersten hat Deutschland gelitten. Der Index seiner industriellen Produktion sank von 108 im Jahre 1929 auf 56,1 in der Gegenwart. Sein Anteil an der industriellen Weltproduktion ging von 12 Proz. im Jahre 1928 auf 9 Proz. im Jahre 1931 zurück.

Das Elend der Arbeitslosen ist namenlos.

Von den nahezu 7 Millionen Erwerbslosen sind über 2 Millionen über 59 Wochen ohne Arbeit.

Die Regierung hilft der Industrie unausgesetzt, die Subventionen gehen alljährlich in viele hundert Millionen. Die Sanierung der Großbanken aus öffentlichen Mitteln kostete fast eine Milliarde, die Osthilfe 1930 durch verlorene Zuschüsse und Kreditgewährung mit fragwürdiger Rückzahlung 80 Millionen und die Osthilfe 1931 sogar 90 Millionen. Hinzu kommt, daß die Preiserhöhungen durch landwirtschaftliche Zölle 1930/31 auf 2 Milliarden geschätzt werden. Nun hat die Arbeiterschaft, beson-

ders die Arbeitslosen, das Recht, Forderungen auf Arbeitsbeschaffung zu stellen. In ihrem Namen richtet der Kongress an die Regierung die Forderung, dieselbe offene Hand zu haben, die sie dem Unternehmertum gegenüber hatte. Unter Führung der Reichsregierung und der zuständigen Ministerien sollen sich die Vertreter der in Frage kommenden Körperschaften, besonders unter Hinzuziehung der Vertreter der Gewerkschaften zusammensetzen und über die Frage der Arbeitsbeschaffung, ihre Finanzierung und Durchführung im einzelnen reden. Das kann und muß geschehen. Es muß gelingen, in der Zusammenarbeit aller Kräfte, die guten Willens sind, das Unglück der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu mildern.

Reichsarbeitsminister Stegerwald erklärte im Namen der Regierung, die beste Arbeitsbeschaffung ist außenpolitische und innerpolitische Beruhigung. Er wies den Vorwurf zurück, die Regierung höre nur auf das Kommando der Arbeitgeber. Er erklärte, daß eine

weitere allgemeine Senkung der Löhne nicht in Frage kommen könne.

Seine Rede verursachte allgemeine Enttäuschung. Es waren keine konkreten Vorschläge zu ersehen. Denn selbst die Versprechungen, die im vorigen Jahre der Minister auf dem Frankfurter Kongress gegeben hat, wurden nicht eingehalten.

In der Diskussion wurde ihm sehr deutlich zu verstehen gegeben, wie die Stimmung bei der Arbeiterschaft über die von der Regierung erlassenen Notverordnungen ist. Es muß mit dem Lohnabbau Schluß gemacht werden.

Die Grenze des Erträglichen ist überschritten.

Die Arbeitslosen wollen wieder in den Arbeitsprozeß eingruppiert werden, und dazu muß die Regierung, wenn sie die durch die Arbeitslosigkeit tagtäglich wachsenden Gefahren abbauen will, mit größter Eile an die Durchführung der Arbeitsbeschaffung herantreten.

Einstimmig angenommen wurde folgende Entschließung:

I.

„Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrumpungsprozeß der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.“

Der Kongress richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergabung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfange, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongress erkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Ueberwindung gesteigert werden. Alle noch auftreibbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfaßten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützung sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongress die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so auszugestalten ist, daß sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkörperschaften gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongreß wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaukraft.

Der Kongreß fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

## II.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongreß es als gleichfalls unerlässliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volkskreise verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten."

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die deutsche Republik und die organisierte Arbeiterschaft wurde die bedeutungsvolle Tagung geschlossen.

## Wochenschau

**Hitlers Bürgerkriegsarmee aufgelöst.** Auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität sind mit Wirkung vom 13. April sämtliche Militärorganisationen der NSDAP. aufgelöst worden. Grund zu dieser Auflösung lag nicht nur darin, daß diese Bürgerkriegshorden eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuteten, sondern es haben sich auch zahlreiche Anhaltspunkte ergeben, daß diese Organisationen Vorbereitungen zu Hoch- und Landesverrat getroffen hatten.

**Brüning-Regierung bleibt.** Dem internationalen Brauch, wonach der Chef der amtierenden Regierung nach der Wahl oder Wiederwahl des Staatsoberhauptes sein Amt zur Verfügung stellt, hat Brüning entsprochen und dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt angeboten. Der Reichspräsident hat diesem Gesuch nicht stattgegeben.

**Vier Todesopfer im Wahlkampf.** Während des Wahlkampfes kam es in Hamburg, Berlin und Oldenburg zu blutigen Zusammenstößen, bei denen insgesamt vier Todesopfer zu beklagen sind.

**Attentat auf den Reichsbankpräsidenten.** Am 9. April wurde in Berlin auf den Reichsbankpräsidenten Luther kurz vor seiner Abfahrt zu internationalen Finanzverhandlungen ein Revolveranschlag verübt. Luther wurde leicht am Arm verletzt. Die Täter sind zwei ehemalige Nazimitglieder. Nach ihren Aussagen sollte der Anschlag dazu dienen, die Öffentlichkeit auf ihre ziemlich verworrenen Geldtheorien aufmerksam zu machen.

**Hitler verleugnet kommunistische Wahlhilfe.** Obwohl es zahlenmäßig einwandfrei nachzuweisen ist, daß viele Hunderttausend ehemals kommunistischer Wähler im zweiten Wahlgang für Hitler gestimmt haben, erklärte Hitler gegenüber einem ausländischen Pressevertreter, daß nach seiner Ueberzeugung nicht ein einziger Kommunist seine Stimme für ihn abgegeben habe. Das ist schnöder Undank.

**Wieder amtliche Börse.** Am 12. April haben in Deutschland die Börsen ihre Tore wieder geöffnet. Die Schließung erfolgte vor sieben Monaten anlässlich des katastrophalen englischen Pfundsturzes.

**Stand der Reichsfinanzen.** Nach dem Stande von Ende Februar ergibt sich für die abgelaufenen elf Monate des Etatsjahres ein Fehlbetrag von 223,4 Mill. Mk. Dazu kommt noch das vom Vorjahr in Höhe von 906,9 Mill. Mk. übernommene Defizit. Damit ergibt sich ein Gesamtfehlbetrag von 1130,3 Mill. Mk.

**Keine Weinststeuer.** Von rechtsradikaler Seite wurde insbesondere in den Weinbaugenden das Gerücht verbreitet, daß sich die Reichsregierung mit der Absicht trage, die Weinststeuer erneut einzuführen. Dazu wird amtlich mitgeteilt, daß an eine Wiedereinführung der Weinststeuer nicht gedacht wird.

**19 Wählerlisten in Preußen.** Die Parteizersplitterung wird immer größer. In Preußen sind 19 Wählerlisten eingereicht worden. Davon sind nur elf reine Parteilisten, die übrigen tragen so verrückte Bezeichnungen, daß es dem normalen Wähler sehr schwer fällt sich irgend etwas Positives darunter vorzustellen.

Die Arbeiterschaft wird in Preußen nur der Liste 1 ihr Vertrauen schenken.

**KPD-Funktionäre gehen zu Hitler.** In mehreren Orten Braunschweigs sind viele ehemalige Funktionäre der KPD. zu der Nazipartei übergetreten. Sie wurden dort mit offenen Armen aufgenommen. Diese Entwicklung der KPD. zum Hitlerfaschismus ist die Frucht der von der KPD. geübten politischen „Erziehung“.

## An alle!

Am 12. März 1932, am Abend vor der ersten Präsidentenwahl und in Erwartung des sicheren Sieges, gab Hitler der Presse folgende Mitteilung: „Ich werde keineswegs nun sofort alle Notverordnungen der Regierung

## 40 Jahre Treue zum Verband



Julius Stiller  
Böttcher, Hamburg  
Eingetreten 10. 1. 1886

Heinrich Wittich  
Brauerei, Frankfurt a. M.  
Eingetreten 1. 2. 1885

Karl Lange  
Böttcher, Hannover  
Eingetr. 10. 11. 1889, jetzt Invalide



Ernst Steinhagen  
Böttcher, Bremen  
Eingetreten 14. 10. 1891

August Borch  
Böttcher, Stettin  
Eingetreten 1. 6. 1890

Stanislaus Schikaneder  
Küfer, Frankfurt a. M.  
Eingetr. 2. 2. 1890, jetzt Invalide

Brüning rückgängig machen und ich werde ebensowenig sofort verkünden, daß nunder Vertrag von Versailles zerrissen werde. Die Notverordnungen sowohl wie der Versailler Vertrag haben Tatsachen geschaffen, die man nicht einfach dadurch abändern kann, daß man die Notverordnungen aufhebt und den Vertrag zerreißt. Diese Verordnungen werden dann rückgängig gemacht werden, wenn wir etwas geschaffen haben, was an ihre Stelle treten kann, und der Versailler Vertrag wird dann erledigt sein, wenn auf einer neuen Konferenz an seiner Stelle ein anderer Vertrag abgeschlossen wird. Adolf Hitler."

So will Hitler „das System“ ändern.

## Vor wichtigen Länderwahlen

Sichert die Freiheit der Arbeiterklasse.

Am 24. April wird in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt das Landesparlament neu gewählt. Rund fünf Sechstel der deutschen Bevölkerung treten also erneut an die Wahlurne, um bestimmend mitzuwirken an der weiteren Entwicklung der jeweiligen Landespolitik. Für die Arbeiter ist es selbstverständlich, daß sie ihre Stimmen für die Sozialdemokratie abgeben, denn nur diese Partei bietet Gewähr dafür, daß die Republik und die Demokratie und damit die Rechte und die Freiheit der Arbeiterschaft erhalten bleiben. Den Beweis dafür hat die zweite Präsidentenwahl erbracht, deren Ergebnis an anderer Stelle gewürdigt wird.

Obwohl alle Parlamentswahlen von großer Bedeutung sind, ist den Wahlen in Preußen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist dies deshalb notwendig, weil dieser Staat drei Fünftel der deutschen Bevölkerung umfaßt, und weil gerade um die Macht in diesem Staate der heißeste Kampf geführt wird. Seit dem Jahre 1918 wird die preußische Regierung gebildet von den Parteien der Weimarer Koalition. In der Regierung selbst hat die Sozialdemokratie nie die Mehrheit besessen, wohl aber immer die Führung gehabt. Und weil unter dieser sozialdemokratischen Führung vieles von dem geschaffen wurde, was der Arbeiterschaft vor dem Kriege trotz dringendem Verlangen willkürlich vorenthalten wurde, deshalb wird diese Regierung von den Gegnern der Demokratie in nicht zu überbietender Weise bekämpft. Dieser Kampf gegen das republikanische Preußen darf in der Arbeiterschaft keine Unterstützung finden, weil verhindert werden muß, daß in diesem Staat wie vor dem Kriege die Junker und Schlöbbarone selbstherrlich bestimmen.

Was in Preußen auf dem Spiele steht, kann nicht besser illustriert werden als durch einen Blick in die Vorkriegszeit. Zu jener Zeit war die Mehrheit der Bevölkerung mit Hilfe des Dreiklassenwahlrechts politisch fast entrechtet. Durch dieses Wahlrecht, das selbst von Bismarck als das schlechteste und raffinierteste Wahlrecht bezeichnet wurde, war es möglich, daß eine Stimme in der ersten Klasse oder zwölf Stimmen in der zweiten Klasse ebensoviele Gewicht hatten wie 180 Stimmen in der dritten Klasse. Praktisch war es also unmöglich, daß die Arbeiterschaft entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke im Preußenparlament vertreten war. Wer noch das Unglück hatte, die damals so benannte Armenunterstützung zu beziehen, der hatte überhaupt kein Stimmrecht. Mit dieser junkerlichen Vorherrschaft wurde im Jahre 1918 aufgeräumt. Es wurde auch die Gesindeordnung beseitigt, die dem Dienstherrn das Recht zur körperlichen Züchtigung seiner Diensthilfen verlieh. Den Beamten und den Landarbeitern wurden die heute selbstverständlichen staatsbürgerlichen Freiheiten gegeben. Und vieles andere mehr. Eine politische Machtverschiebung in Preußen würde aber nicht nur diese Nachkriegserrungenschaften beseitigen, sie würde auch dazu führen, daß die unter großen Opfern teils neugeschaffenen oder ausgebauten Sozialgesetze, der Arbeiterschutz und die Koalitionsfreiheit auf ein Minimum beschränkt oder vollständig beseitigt werden. Ein Vorbild liefert heute schon das Land Braunschweig, in dem die Nazis unumschränkt herrschen können und ihre Macht im Unternehmerinteresse mißbrauchen.

Aber nicht nur für die Innen-, auch für die Außenpolitik ist die zukünftige Zusammensetzung des Preußenparlaments von eminenter Wichtigkeit. Allein eine republikanische Preußenregierung bietet Gewähr dafür, daß die so dringend notwendige Politik der Verständigung mit dem Ausland weiter aufrechterhalten wird. Eine Regierung der Reaktion würde außenpolitisch zu einem Trümmerfeld führen und damit dem Deutschen Reich und seiner Arbeiterschaft erneute Lasten auferlegen.

Die Arbeiterschaft hat also alle Ursache, die Preußenwahl sehr ernst zu nehmen und aufklärend zu wirken. Nicht den kommunistischen und nicht den nationalsozialistischen Parolen darf Folge geleistet werden, denn diese führen zu Bürgerkrieg und Inflation.

Nur der Sozialdemokratie alle Stimmen, nur durch sie werden die Freiheit und der Aufstieg der Arbeiterklasse gesichert!

## Steigerung des Bierumsatzes

Ein Bericht vom Hofbräuhaus, München.

Die anlässlich der Biersteuersenkung eingetretenen Änderungen im bayerischen Staatshaushalt haben dem Leiter des bayerischen Finanzministeriums Anlaß gegeben, auf die Bierpreispolitik des staatlichen Hofbräuhauses näher einzugehen. Zunächst berichtete er, daß nach seiner Auffassung durch die Bierpreismäßigung eine etwa 15proz. Steigerung des Bierverbrauches eintreten wird. Dabei stützt er sich auf genaue Unterlagen über den Bierumsatz im Hofbräuhaus. Dort wurden in den ersten 19 Tagen des Monats März 84 Hektoliter Bier weniger verkauft als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Vom 20. bis Ende März hingegen wurden 129 Hektoliter mehr verkauft. Diese Steigerung des Verbrauches um 18 Proz. ist auf die Senkung des Bierpreises zurückzuführen. Da sehr wahrscheinlich ist, daß ohne die Herabsetzung des Bierpreises der Rückgang in den ersten 19 Tagen auch für den Rest des Monats zu verzeichnen gewesen wäre, so beträgt die tatsächlich eingetretene Absatzsteigerung insgesamt 28,35 Proz.

Die Bierpreissenkung im Ausmaß von 6 Pf. pro Liter ist nur im Hofbräuhaus durchgeführt worden. Damit ist der Beweis erbracht, daß eine spürbare Preissenkung sehr wohl dazu beiträgt, den Umsatz zu heben. Der Leiter des bayerischen Finanzministeriums hat deshalb auch die Erwartung ausgesprochen, daß sich die anderen Ausschankstätten dem Beispiel des Hofbräuhauses anschließen werden.

## Ich mache mich bald selbständig!

Diese Ausrede bekommt man häufig zu hören, wenn man sich mit Berufskollegen aus dem Bäcker-, Konditoren- und Fleischerhandwerk über die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses unterhält. Zu wundern braucht man sich darüber nicht, wenn man weiß, daß bereits dem Lehrling schon vom ersten Tag seiner Lehrzeit ganz systematisch eingetrichtert wird, daß seine spätere Gesellenzeit gewissermaßen nur ein Uebergangsstadium vom Lehrling zum Meister sei.

Es hat einmal eine Zeit gegeben, wo es tatsächlich so war, jedoch gehört dieser Zeitpunkt schon seit Jahrzehnten der Vergangenheit an und er wird auch in der Zukunft nicht so schnell wiederkehren. Zuverlässiges und einwandfreies Zahlenmaterial dazu liefert uns die Statistik des Zentralverbandes deutscher Bäckerinnungen, Germania.

Nach dieser Statistik waren vorhanden: In Baden 4200 Bäckereibetriebe mit 2381 Gehilfen und 2560 Lehrlingen. In der Rheinpfalz wurden zur gleichen Zeit 2000 Bäckereibetriebe mit 984 beschäftigten Gehilfen und 968 Lehrlingen gezählt. Diese Zahlen besagen uns, daß bei einer dreijährigen Lehrzeit in Baden jedes Jahr ein Drittel von 2560 Lehrlingen, das sind 853, auslernen, also neu in den Gehilfenstand übertreten. In einem Zeitraum von 2½ Jahren wird durch Neuausgelernte der Gehilfenbestand vollständig ersetzt. In der Rheinpfalz lernen jährlich 323 Lehrlinge aus. Das bedeutet, daß der dortige Gehilfenbestand in einem Zeitraum von 3 Jahren gleichfalls durch Neuauslernende ersetzt ist. In den anderen Landesteilen des Reiches liegen die Verhältnisse keineswegs günstiger. Nun fehlt gerade in Süddeutschland und insbesondere in Baden und in der Pfalz, wenn man von einigen größeren Konsumbäckereien absieht, der Bäckereigrößbetrieb, so daß auch nach dieser Seite hin wenig oder gar keine Aufnahmemöglichkeit für die Neuausgelernten besteht.

Nach den geltenden Bestimmungen über die Lehrlingshaltung darf sowohl in Baden als auch in der Rheinpfalz jeder Bäckereibetrieb einen Lehrling halten, er darf bereits einen zweiten Lehrling einstellen, wenn der erste Lehrling im dritten Lehrjahre steht. Von dieser Möglichkeit machen gerade die Lehrlingszüchter ausreißend Gebrauch. Die weitere Folge ist, daß die meisten Lehrlinge sofort oder kurze Zeit nach Beendigung ihrer Lehrzeit entlassen werden. Nicht selten kommt es dann vor, daß dem jungen Gehilfen keinerlei Gelegenheit geboten ist, das in drei Jahren erlernte Handwerk als Gehilfe auszuüben, geschweige Meister zu werden. Die geradezu katastrophale Arbeitslosigkeit im Bäcker- und Konditorenhandwerk und in den Fleischereien bestätigt die Richtigkeit dieser Tatsachen.

Auch bei denjenigen, die das „Glück“ haben, eine Gehilfenstelle zu bekommen, steht die Aussicht zum Selbständigwerden auf dem Nullpunkt. Im Gegensatz zu früher, wo die Meister ihren Söhnen Gelegenheit gaben, einen anderen Beruf zu erlernen, werden sie heute fast ausschließlich dem eigenen Handwerk zugeführt. So verzeichnet z. B. die Statistik, daß in der Rheinpfalz unter den 984 Gehilfen nicht weniger als 340, und unter den

968 Lehrlingen 127 Meistersöhne waren. In Baden finden wir das gleiche Verhältnis. Dort sind 789 Gehilfen und 389 Lehrlinge Meistersöhne. Entweder übernehmen diese zu gegebener Zeit das eigene Geschäft des Vaters oder es wird in ein anderes Geschäft hineingeheiratet. Geht man davon aus, daß im Durchschnitt jeder Meister 30 Jahre lang sein Geschäft betreibt, um es an einen anderen abzugeben, und würdigt man dazu noch die anderen Umstände, so ergibt sich, daß in Baden und in der Rheinpfalz 80 Proz. aller, die heute das Handwerk erlernen, nicht einmal Gelegenheit haben, als Gehilfe beschäftigt zu werden, geschweige Meister werden können.

Sind das nicht unwürdige Zustände? Gewiß wird ein jeder, der es liest und darüber nachdenkt, sagen. Dieses Uebel zu erkennen heißt aber gleichzeitig dagegen anzukämpfen. Weil aber der einzelne dazu nicht imstande ist, muß er sich mit seinen anderen Berufskollegen im Verband zusammenschließen. Nur dadurch und durch einen planmäßigen organisierten Kampf wird es möglich sein, solchen traurigen Zuständen wirksam zu begegnen. Wehn.

## Wie gestalten sich die Verhältnisse am Schweinemarkt?

Sinkende Angebote — steigende Preise.

Durch den Tiefstand der Schweinelebenspreise — eine Ursache der Krise im Juli des vergangenen Jahres —, hat sich bei den Schweinemästern eine starke Unternehmungslust bemerkbar gemacht. Obwohl das Bemühen der Regierung im Herbst 1931 darauf gerichtet war, die Futtergetreidepreise zu heben, ist es ihr nicht gelungen, ein Abgleiten der Schweinepreise zu verhindern. Zwischen Schweine- und Futtergetreidepreisen entstand ein starkes Mißverhältnis, wodurch die Schweinemast sehr stark beeinträchtigt wurde. Lediglich dort war die Mast noch einigermaßen rentabel, wo eigene Futtermittel, insbesondere Kartoffeln verfüttert werden konnten, aber auch hier macht sich eine Produktionsbeschränkung bemerkbar.

Bereits im September 1931 anlässlich der Schweinezählung zeigte sich, daß die trächtigen Zuchtsauen stark im Abnehmen begriffen waren. Die gleiche, eher noch verstärkte Verminderung im Schweinenachwuchs zeigte sich am 1. Dezember 1931, wobei die Abnahme schon über die sonst saisonmäßigen Erscheinungen hinausging.

Nach der nunmehr abgeschlossenen neuesten Schweinezählung vom 1. März steht einwandfrei fest, daß die Schweineproduktionsbeschränkung immer mehr um sich greift. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres nahmen die Ferkel um 13 Proz. und die trächtigen Zuchtsauen sogar um 24 Proz. ab. Aus dem derzeitigen Angebot der Schlachtschweine sind diese Produktionseinschränkungen vorerst noch nicht deutlich erkennbar. Die Auswirkungen lassen sich erst dann erkennen, wenn durch die Produktionseinschränkung die bisherige Zahl der Schlachtschweine ausfällt. Hinzu kommt, daß bis auf weiteres das Schweineangebot durch die Einschränkung der Zucht den Fleischbedarf ausgleichen wird. Die

niedrigen Schweinelebenspreise haben zu einer Art „Ausverkauf“ geführt bei bisher nie beobachteten Schleuderpreisen. Für den Landwirt bedeutet der Verkauf seines wertvollen Zuchtsauenbestandes überdies noch die Auflösung seines Kapitals. Nach der Schweinezählung vom 1. März hat sich der Schweinebestand gegenüber September 1931 um fast ein Fünftel von 25,3 Millionen auf 20,6 Millionen Stück vermindert.

Diese Wendung in der Einschränkung der Schweineproduktion wird natürlich auch ihre Auswirkungen in der Fleischwirtschaft zeigen. Obwohl die Schweinelebenspreise im Februar ihren Tiefstand überschritten haben, wird für das zweite Halbjahr 1932 eine Schweinelebenspreiserhöhung nicht ganz zur Entfaltung kommen, vorausgesetzt, die Einkommensschrumpfung würde ihr Ende nehmen. Solange der Konsument nicht kaufkräftig ist, wird auch der Landwirt benachteiligt. Die von den Gewerkschaften aufgestellte Lohn- und Kaufkrafttheorie erfährt eine glänzende Rechtfertigung!

1931 war der Fleischkonsum unter Berücksichtigung der niedrigen Schweinepreise mengenmäßig unverändert. 1931 betrug er 50,82 kg gegenüber 50,50 kg im Jahre 1930 pro Kopf der Bevölkerung. Die Erhöhung des Schweinefleischanteils weist für 1929 59,3 Proz., für 1930 61,99 Proz. und für 1931 64,8 Proz. aus. Wenn die Preise wieder anziehen, ist es auch mit einer derartigen Konjunktur vorbei. Deshalb wird zwangsläufig, falls nach der jetzigen Verschleuderung der Schweine eine Preiserhöhung eintritt, nicht nur dem Preisaufbau eine enge Grenze gezogen sein, sondern ein unmittelbarer Rückgang im Schweinefleischverbrauch eintreten. Eine Produktionseinschränkung in der Schweinezucht mit der Tendenz zu höheren Preisen kann nur auf Kosten des Fleischverbrauchs geschehen. Welche Stellung wird das Reichsernährungsministerium einnehmen, denn nichts wäre für unsere Wirtschaft katastrophaler als Preiserhöhungen.

## Krankenstand im Jahre 1931

Einer der größten Nachteile aller amtlichen Statistiken und Aufstellungen besteht darin, daß sie erst erhebliche Zeit nach der Zeitspanne erscheinen, für die sie gelten. Sie sind bei ihrem Erscheinen zum großen Teile wieder überholt. Es ist deshalb erfreulich, daß private Organisationen hier schneller sind.

So veröffentlicht die Zeitschrift „Deutsche Krankenkasse“ in ihrer letzten Nummer Zahlen und Angaben über den Krankenstand für das Jahr 1931. Herangezogen wurden zu den Aufstellungen 166 Ortskrankenkassen mit einer Gesamtmitgliederzahl von 5,2 Millionen. Nach dieser Aufstellung wurde im Jahresdurchschnitt ein Krankenbestand von 3,40 Proz. ermittelt. Auf 100 Krankenkassenmitglieder entfielen demnach 3,40 Kranke. Erwähnt sei, daß hier nur die Krankheitsfälle gezählt sind, die mit Arbeitsunfähigkeit verbunden waren. Betrachtet man die Zeitspanne der letzten 10 Jahre, so muß man feststellen, daß die Krankenziffer sich nicht wesentlich geändert hat. So wurden im Jahre 1921 beispielsweise 3,51 Proz. Kranke gezählt. Am höchsten war die Krankenziffer im Jahre 1929 mit 4,33 Proz. Im Berichtsjahre (1931) wurde der

## Erlebnisse eines auf Wanderschaft erkrankten Bäckergehilfen vor 100 Jahren

Von Arno Kapp, Leipzig.

Am 21. Dezember 1820 erschien der Herbergsvater der Leipziger Bäckerinnung auf der Ratsstube und zeigte an, daß ein erkrankter Bäckergehilfe vor zwei Tagen zu ihm auf die Herberge gekommen sei und verlangt habe, ins Hospital gebracht zu werden. Da aber der Geselle „zu Ungebühr von Wurzen aus krank nach Leipzig transportiert worden, so sehe die hiesige Innung keine rechtliche Verbindlichkeit, diesen Bäckergehilfen an- und aufzunehmen... Er trage daher auf Restitution der erwachsenen Kosten von seiten der Wurzener Innung gebührend an“.

Da die Innung sich weigerte, den Gesellen weiter zu beherbergen, ließ der Rat den erkrankten Gesellen ins Hospital schaffen und gleichzeitig den Stadtphysikus, Hofrat Clarus, ersuchen, ein Zeugnis über seinen Gesundheitszustand auszufertigen. Dieses lautete:

„Am 21. Dezember d. Jahres. Abends gegen 5 Uhr wurde in das hiesige Jacobshospital der Bäckergehilfe Carl Henniges aus Graudenz in dem Zustande der äußersten Erschöpfung eingebracht und gab auf Befragen an, daß er vor ohngefähr fünf Wochen in der Gegend von Oschatz von einer Hautkrankheit befallen, hierauf zu Oschatz von einem dasigen Arzte behandelt, nach vier Wochen aber, obgleich er noch kaum zu gehen vermocht, bey großer Kälte zu Fuß fortgeschickt worden sey. In der Gegend von Lippa sey er vor Entkräftung niedergesunken und würde erfroren seyn, wenn ihn nicht ein Bauer auf seinen Wagen genommen und nach Wurzen gefahren hätte.“

Hier habe sich das Handwerk seiner mehrere Tage nicht annehmen wollen, und man habe ihn endlich, weil er durchaus zu gehen nicht zwey

Schritte weit im Stande gewesen, auf einen Wagen geladen und in der Nähe des äußersten grimmischen Thores allhier zu Leipzig abgesetzt, worauf er vollends bis ans Thor beynahe gekrochen sey.

Bev Untersuchung seines Krankheitszustandes ergab sich, daß er an einer rheumatischen, halbseitigen Lähmung litt, welche mit gänzlicher Unterdrückung der Hautfunction und höchster Erschöpfung der Kräfte verbunden war... Es ist z. Zeit noch ungewiß, ob der Kranke jemals wieder den vollen Gebrauch seiner Glieder erlangen werde.

Vorstehendes bezeuge ich auf Verlangen meiner Pflicht gemäß durch meines Namens Unterschrift.

Dr. Johann Christian August Clarus,  
Arzt am Jacobsspital und Stadtphysikus.“

Der Rat der Stadt Leipzig verlangte nun von Rate bzw. dem Handwerk zu Wurzen Rückerstattung der Kosten. Beide aber lehnten ab, weil Henniges „freywillig und ohne daß es ihm jemand geheißsen, am 28. Novbr. zu Fuße von Wurzen fortgegangen sey... Es sey unwahr, daß er von der Innung auf einen Wagen gebracht und fortgeschafft worden wäre“.

Am 9. Februar 1821 wurde der Bäckergehilfe als gesund aus dem Leipziger Hospital entlassen. Tags darauf hielt ihm der Rat die Aussagen des Wurzner Magistrats und der dortigen Bäckerinnung vor und bat ihn, sich hierzu ausführlich zu äußern. Henniges gab folgendes zu Protokoll (wörtlich!):

„Er sey zur Zeit, als er von Wurzen fortgeschickt worden, in einem so höchst beklagungswerthen, schrecklichen Zustande gewesen, daß er mehrere Male daran gedacht habe, seiner Existenz ein Ende zu machen. Hierzu sei noch gekommen, daß die ungeheure Kälte seinen Krankheitszustand verdoppelt und sein Unglück aufs höchste gebracht...“

Der Obermeister in Wurzen, dessen Namen er nicht wisse, habe gegen ihn, als er um ärztliche Hülfe gebeten, erklärt, diese könne er nicht bekommen, sondern er, der Obermeister, wolle ihn wieder hinschicken, wo er hergekommen... Dieser Obermeister habe auch mit zwey anderen Meistern den Wagen bestellt, auf welchem er nach Leipzig fahren sollen. Allein der Wagen sey, ob er gleich um 4 Uhr früh dagewesen, so wie es bestellt worden, doch abgefahren gewesen mit der ihm hinterlassenen Nachricht, an der Fähr (über die Mulde) warten zu wollen. Gehen habe er nicht können, sondern auf dem Hintern bis zur Fähr rutschen müssen; hier habe ein Fährknecht ihn in das Schiff und auf einen Wagen geholfen, mit welchem er nach Leipzig gefahren sey.“

Diese Aussage beschwor der Geselle vor dem Rate. Der Rat zu Wurzen aber lehnte es nach wie vor ab, die bisher entstandenen Kosten in Höhe von 52 Talern 8 Groschen zu bezahlen, ebenso die Wurzener Bäckerinnung.

Der Leipziger Rat brachte nun die Sache zur Entscheidung vor den König Friedrich August von Sachsen. Am 27. November 1821 beschied dieser den Leipziger Rat abschlägig.

„da der Umstand, als ob Henniges von der Bäckerinnung zu Wurzen zur Fortsetzung seiner Reise genöthigt... ausreichend nicht constatirt worden sey.“

So erging es vor 100 Jahren Bäckergehilfen, die krank und in grausamer Weise von den Unternehmern und den Gemeinden im Rinnstein dem Hungertode preisgegeben wurden. Und heute? Viele tausende Bäckergehilfen sind seit Jahr und Tag arbeitslos. Not und Elend ist in diesen Kreisen himmelschreiend. Und die Reichen setzen sich darüber mit einer Sorglosigkeit hinweg, als wäre dieser Zustand von Gott gewollt.

höchste Stand mit 4,48 im Februar gezählt. Der tiefste Stand wurde im Juni mit 2,97 ermittelt. Gegen Ende des Jahres steigt dann die Kurve wieder. Wie bisher stets, so konnte auch in diesem Jahre wieder festgestellt werden, daß bei den weiblichen Mitgliedern die Erkrankungsziffer eine höhere ist als bei den männlichen Arbeitnehmern. Bei den männlichen Mitgliedern betrug der Jahresdurchschnitt 3,28 gegen 3,53 bei den weiblichen Mitgliedern. In der Aufstellung heißt es weiter wörtlich: „Daß die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht ohne Einfluß auf die Höhe des Krankenstandes sind, ist unverkennbar. Die wirtschaftlich schlechtesten Jahre (1923 und 1931) weisen auch den niedrigsten Krankenstand auf, die wirtschaftlich günstigsten Jahre (1928, 1929) dagegen den höchsten.“

Die Ungunst der Verhältnisse hält also anscheinend die Versicherten davon ab, sich arbeitsunfähig zu melden. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß die Versicherten, soweit sie in solchen Zeiten noch Arbeit haben, sich hüten, die Krankenversicherung in Anspruch zu nehmen, wenn sie es irgend vermeiden können. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Wenn auch die erwähnte Zeitschrift sich aus irgendwelchen Gründen scheut, die Begründung anzugeben, so kann sie doch an dieser Stelle offen ausgesprochen werden. Die Arbeitnehmer befürchten, zum großen Teile mit Recht, bei einer Krankmeldung ihre Arbeitsstelle zu verlieren und dadurch in das Heer der Arbeitslosen hinabgestoßen zu werden.

Kl—s.

## Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unseren Berufen im März

In der zweiten Märzhälfte ist eine ganz geringe Abnahme der großen Arbeitslosenziffern in Deutschland — nur um 98 000 — eingetreten. Ende März waren nach den Zählungen der Arbeitsämter immer noch rund 6 031 000 Arbeitslose vorhanden. Auch in unseren Berufen ist von einer Besserung der Arbeitsmarktlage noch nichts zu spüren. In allen Industriegruppen des Verbandsgebietes sind die Zahlen der arbeitslosen Mitglieder gegenüber dem Vormonat fast unverändert hoch. Dasselbe trifft auf die Kurzarbeit zu; diese ist in der Getränkeindustrie ganz wenig zurückgegangen, dagegen in der Süßwarenindustrie gestiegen. In den Berichten der Landesarbeitsämter finden wir die Feststellung, daß im Bäcker- und Fleischgewerbe die als Osteraushilfen vermittelten Berufsangehörigen größtenteils sich wieder als Zugang meldeten; ebenso meldeten sich Bäcker und Fleischer verschiedentlich gleich nach Beendigung der Lehrzeit als Arbeitsuchende an. Das ist also das Schicksal der neu ausgebildeten Berufskollegen! In der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie wurden nach der Beendigung der Ostertage teilweise wieder Entlassungen vorgenommen. Auch die Saison der Fischkonservenindustrie scheint wieder beendet. Eine Belebung der Beschäftigungslage in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist erst dann zu erwarten, wenn die große Arbeitslosigkeit im allgemeinen wieder zurückgedrängt wird. Die Zahl der arbeitslosen und kurzbeschäftigten Verbandsmitglieder verteilt sich auf die einzelnen Industriegruppen wie folgt:

Industriegruppe:	Arbeitslos:		Kurzarbeit:	
	Februar	März	Februar	März
Getränkeindustrie . . . .	13 395	13 327	41 851	41 592
Süßwarenindustrie . . . .	5 862	5 872	7 369	7 532
Bäcker und Konditoren . . . .	6 861	6 837	2 626	2 664
Fleischer . . . . .	4 693	4 774	2 957	2 945
Müller . . . . .	2 479	2 448	1 602	1 670
Böttcher und Weinküfer . . . . .	2 927	2 989	1 480	1 271
Insgesamt:	36 217	36 247	57 885	57 674

In den handwerklichen Berufen, im Bäcker- und Fleischgewerbe, entwickelt sich die Arbeitsmarktlage immer katastrophaler. Auf je 100 offene Stellen entfielen im Februar (für März liegen die amtlichen Feststellungen noch nicht vor) im Bäcker- und Fleischgewerbe 1617 Arbeitsuchende. Diese hohe Andrangsziffer ist darauf zurückzuführen, daß bei 57 348 eingetragenen Arbeitsuchenden nur 1242 offene Stellen gemeldet und 1183 vermittelt wurden. Ende Februar waren im Bäcker- und Konditorgewerbe 50 541 Arbeitslose vorhanden. Im Fleischgewerbe sieht es nicht anders aus. Hier entfielen auf je 100 offene Stellen 4026 Arbeitsuchende; offene Stellen 726, vermittelt 699; Zahl der Arbeitsgesuche im Laufe des Monats 29 231, Ende Februar 25 980.

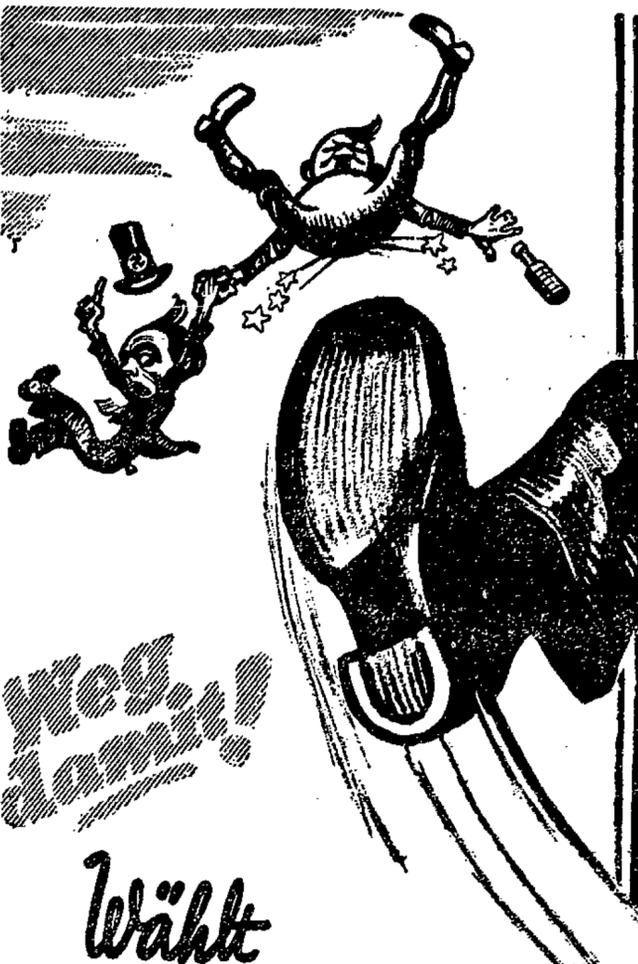
## Versicherungspflicht der Fleischbeschauer und Trichinenschauer

Das Amtsblatt des Preußischen Landwirtschaftsministeriums Nr. 8/32 vom 27. Februar veröffentlicht nachstehenden Runderlaß des Landwirtschaftsministeriums vom 22. Februar 1932 — V 1453:

„Der Reichsarbeitsminister hat am 19. Dezember 1931 (RGBl. I S. 777) eine „Zweite Verordnung über Versicherungsfreiheit vorübergehender Dienstleistung in der Angestelltenversicherung“ erlassen, die am 1. Januar 1932 in Kraft getreten ist. Nach

dieser Verordnung ist u. a. eine Tätigkeit von Personen, die sonst berufsmäßig keine die Angestelltenversicherungspflicht begründende Beschäftigung ausüben, nicht mehr angestelltenversicherungspflichtig, wenn die Tätigkeit zwar in regelmäßiger Wiederkehr, aber nur gegen ein geringfügiges Entgelt bis zu durchschnittlich 100 Mk. im Monat ausgeübt wird oder wenn das Entgelt durchschnittlich 20 Proz. des Gesamteinkommens nicht überschreitet. Hiernach dürften für einen Teil der Fleischbeschauer und Trichinenschauer, insbesondere die nebenberuflich tätigen Personen, die Voraussetzungen für die Angestelltenversicherungspflicht nicht mehr gegeben sein.

Ich ersuche ergebenst, die Frage der Angestelltenversicherungspflicht der Fleischbeschauer und Trichinenschauer hiernach einer Nachprüfung zu unterziehen und gegebenenfalls das Erforderliche zu veranlassen.“



## Wählt Sozialdemokratie

### Lohnpolitische Entscheidung

Auch der Mittelstand ist, wie aus den folgenden Zeilen zu ersehen ist, die wir einer Mittelständischen Korrespondenz entnehmen, endlich klug geworden. Nachdem einleitend gesagt wird, daß Ende April für 90 Proz. der deutschen Arbeiter die Lohntarife ablaufen, heißt es weiter:

Gerade aus der Schwer- und Großindustrie sind in den letzten Wochen Stimmen laut geworden, die eine Weitertreibung der Deflation auf dem Gebiete des Einkommens fordern. Wenn man die Entwicklung im letzten Vierteljahr, die eine starke Kaufkraftschwächung gebracht hat, objektiv betrachtet, kann man sich nicht für diese Forderungen erwärmen. Ein weiterer Lohnabbau bedeutet weitere Drosselung der Kaufkraft, bedeutet weitere Abschwächung der Umsätze unserer Volkswirtschaft. Davon kann natürlich das Preisniveau mit Preiskommissar oder ohne Preiskommissar, das ist höchst gleichgültig, auch nicht unbeeinflusst bleiben. Der letzte Lohnabbau hat schon deshalb eine große Zurückhaltung der Käufermasse gebracht, weil sich weite Schichten über den Preisabbau, wie er angekündigt wurde, ganz unerfüllbare Vorstellungen gemacht hat. Dieser Komplex hat zur größten Zurückhaltung der Käuferschaft geführt. Zahlreiche Käufe, die gemacht werden mußten und auch gemacht werden konnten, wurden nicht getätigt, weil man mit noch billigeren Preisen rechnete. So hat sich in den letzten Monaten eine Art Käuferstreik herausgebildet. Die Störung unserer Kaufkraftentwicklung und des Preisniveaus wurde durch diesen Käuferstreik verschärft. Diese Wirkungen würden eintreten, wenn man das Messer abermals an die Kaufkraft und das Preisniveau legen würde. Man hätte ohne weiteres mit einer neuen Auflage des Käuferstreiks zu rechnen. Saisonmäßige Entlastungen, auf die man wartet und die jetzt eintreten müßten, würden unterbunden. Die Insolvenzwelle müßte sich weiter steigern. Das sind Aussichten, die gerade nicht erhebend stimmen. Befürchtungen, allzusehr begründet, die sich aber vermeiden lassen. In den letzten Tagen hat man darüber verhandelt, die Lohntarife durch Notverordnung zu verlängern.

Wir können uns für diesen Gedanken nur einsetzen, und zwar in Hinsicht auf die bösen Auswirkungen, die eine neue Erschütterung des Preisniveaus haben müßte, ganz abgesehen davon, daß durch eine weitere Schrumpfung der Kaufkraft die Preise unter schweren Druck gesetzt werden, die bereits auf die Grenze des möglichen gesunken sind und die ohne Gefährdung der Existenz der Beteiligten nicht mehr weiter sinken können.

## Abschluss der Monopolverwaltung

### Zwei Millionen Hektoliter Spiritvorräte.

Als die Reichsmonopolverwaltung im Vorjahr einen bisher noch nie dagewesenen Vorrat von 1,58 Millionen Hektoliter Spirit in das neue Geschäftsjahr hinübernehmen mußte, bestand kein Zweifel darüber, daß es dringend notwendig sei, das Brennrecht herabzusetzen, wenn überhaupt daran gedacht werden soll, die Vorräte zu verringern. In dem vorliegenden Geschäftsbericht der Monopolverwaltung wird dem auch Ausdruck gegeben und darauf hingewiesen, daß die hohen Bestände nur ein Brennrecht von höchstens 51 Proz. rechtfertigten. Statt dessen wurde mit Beginn des neuen Geschäftsjahres das Brennrecht auf 70 Proz. und auf besondere Veranlassung von Schiele nachträglich auf 80 Proz. heraufgesetzt. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse wurde das Brennrecht von den landwirtschaftlichen Brennereien voll ausgenutzt. Hinzu kam, daß der Absatz zurückging, obwohl Treibstoffspirit infolge des Beimischungszwanges mehr abgesetzt wurde. Die Folge davon ist, daß sich die Spiritbestände der Reichsmonopolverwaltung am Schluß des Geschäftsjahres auf 1,99 Millionen Hektoliter vergrößerten.

Bereits im vorigen Jahr sind, um den ungeheuren Spiritvorrat lagern zu können, in weitem Maße private Tanks und Kesselwagen in Anspruch genommen worden. Jetzt ist das noch mehr der Fall. Damit taucht die Frage auf, ob durch die riesenhafte Verzweigung der Lagerstellen ausreichend Vorsorge dafür getroffen ist, daß Unbefugte sich nicht in den Besitz des steuerlich so wertvollen Spirits setzen können. Die immer wieder festgestellten, mitunter außerordentlich niedrigen Spirituosenpreise lassen ohne weiteres den Verdacht zu, daß es sich hier nicht nur um schwarzgebrannten Spirit handelt.

Die Gesamteinnahme der Monopolverwaltung ist um zwei Millionen Mark auf rund 262 Millionen Mark gestiegen. Davon sind 200 Millionen Mark als Steuer an das Reich abgeführt worden; das sind 10 Millionen Mark weniger als im Vorjahr. Auf der Ausgabenseite haben sich die Betriebsunkosten um ein geringes erhöht, die Handlungsunkosten verringert. Die Zinsbelastung hat sich mehr als verdoppelt. Von den dem Reich geschuldeten Summen sind 23 Millionen zurückgezahlt worden, so daß „nur“ noch 26 Millionen verbleiben. Von den übrigen Schulden wurden nur 3 Millionen Mark zurückgezahlt.

Zurückgegangen ist der Absatz von Trinksprit um rund 29 000 Hektoliter. Gegenüber dem Geschäftsjahr 1928/29 ist der Absatz von Trinksprit um rund 50 Proz. zurückgegangen. Sehr stark hat sich der Absatz von Spirit für technische Zwecke vermindert. Der Absatzverlust gegenüber dem Vorjahre beträgt rund 220 000 Hektoliter. Er wird ausgeglichen durch den um 235 000 Hektoliter höheren Absatz von Treibstoffspirit.

Der Geschäftsbericht der Reichsmonopolverwaltung ist in vielerlei Hinsicht aufschlußreich. Er beweist zunächst, daß es unmöglich ist, die Landwirtschaft zu subventionieren dadurch, daß ihr ein über den tatsächlichen Bedarf hinausgehendes Brennrecht gewährt wird. Er beweist weiter, daß die Trinkspritabgabe von 400 Mark pro Hektoliter zu hoch ist. Bei der stark gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung ist es unbedingt notwendig, die Abgabe zu verringern, andernfalls das Reich und auch das Gewerbe einen nicht wieder gutzumachenden Schaden erleiden. Zum dritten wird bewiesen, daß sich die Reichsmonopolverwaltung nicht zu halten vermag, wenn nicht durchgreifende Reformen Platz greifen. Die Reichsregierung muß entschlossen eingreifen, um die bereits in Aussicht gestellte Spiritpreissenkung sowie die notwendige Monopolreform durchzuführen.

## Der Arbeiterrat Gross-Hamburg und das Nachtbackverbot

In dem soeben erschienenen Jahrbuch des Arbeiterrats Groß-Hamburg über die Tätigkeit vom Jahre 1931 finden wir eine außerordentlich interessante Darstellung über das Nachtbackverbot und den Brotpreis. Diese auf Grund der Hamburger Verfassung bestehende Institution hat sich bereits, wie wir früher berichteten, in energischer Weise für die Aufrechterhaltung des Nachtbackverbots eingesetzt. Sie kam, wie unsere Organisation, zu dem Ergebnis, daß diese hochwichtige soziale Kulturerrungenschaft nicht beseitigt werden darf.

Im neuesten Jahrbuch untersucht der Arbeiterrat sehr eingehend, ob bei einer Aufhebung des Nacht-

backverbots eine Senkung des Brotpreises ermöglicht wird. An der Hand einwandfreien Materials wird festgestellt, daß durch die Wiederzulassung der Nacharbeit in den Bäckereien die Senkung der Kosten für Broterstellung so minimal ist, daß sie selbst für den ärmsten Arbeiterhaushalt nicht in Frage kommen kann. Es wird sehr richtig gesagt, daß dem Großbetrieb an der Lockerung des Nachtbackverbots weit weniger zu liegen scheint, wegen einer angenommenen Verbilligung des Brotpreises, als vielmehr wegen der in Aussicht genommenen Möglichkeit einer frühzeitigeren Herstellung kleinen Weißgebäcks. „Vom Gesichtspunkt des Arbeitsmarktes würde eine solche Maßnahme aber erst recht untragbar erscheinen, weil sie voraussichtlich die Entwicklung zu Großbetrieben fördert und damit die relativ feste Stellung beschäftigter Bäckergehilfen in kleineren oder mittleren Bäckereibetrieben ablösen würde. . . Die traurige Lage des Arbeitsmarktes der Bäcker ist so bekannt, daß es überflüssig erscheint, über die Verfehlung einer Projektierung der Großbäckereibetriebe im gegenwärtigen Zeitpunkt auch nur ein Wort zu verlieren.“ Wir begrüßen, daß auch wir im Jahrbuch des Arbeiterrats von Groß-Hamburg durch seine Untersuchung eine weitere Stütze erhielten im Kampfe gegen die Bestrebungen der Reaktion auf Aufhebung des Nachtbackverbots.

### Vierte Milchwirtschaftliche Woche in Kiel

Vom 7. bis 9. April d. J. fand in Kiel die „Vierte Milchwirtschaftliche Woche“ statt, an der auch ein Vertreter unseres Verbandes teilnahm. Erstmals wurde eine solche Veranstaltung im Jahre 1929 durchgeführt, der von allen Fachkreisen der Milchwirtschaft lebhaft Beachtung entgegengebracht wurde und seitdem alljährlich stattfindet. Es wird damit der Zweck verfolgt, über die wichtigsten Fragen auf diesem Gebiet gemeinsam zu diskutieren. Dort werden die Forschungen der Wissenschaft und die Erfahrungen der Praxis in Vorträgen zur Beratung gestellt, um sie im Interesse des Allgemeinwohls nutzbringend anzuwenden. Die Anregungen zu diesen Veranstaltungen gingen von der am 1. April 1922 gegründeten Preußischen Versuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft in Kiel aus mit Unterstützung des Vereins der Förderer und Freunde der Forschungsanstalt, der im Jahre 1927 ins Leben gerufen wurde.

Die Leitung der diesjährigen Tagung lag wieder in den Händen der Forschungsanstalt, die auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken konnte. Von Ministerialrat Dr. Rohde vom Landwirtschaftsministerium, Berlin, wurde bei Eröffnung der Tagung auf Entwicklung, Zweck und Ziel der Forschungsanstalt in anerkennenden Worten hingewiesen. Der Aufstieg sei durch die gute Zusammenarbeit aller Fachkreise gewährleistet worden. Die Notzeit des deutschen Volkes habe sich auch auf die Milchwirtschaft nachteilig ausgewirkt. Um 10 bis 15 Proz. sei der Milchverbrauch zurückgegangen, der Butterumsatz habe abgenommen. Demgegenüber konnte festgestellt werden, daß die Buttereinfuhr um 25 Proz. und die Käseinfuhr um 12,5 Proz. gesunken sei. Neue Anforderungen stelle das am 1. Januar 1932 in Kraft getretene Reichsmilchgesetz, das nur in gemeinsamer Arbeit mit Erfolg durchgeführt werden könne.

Anläßlich des zehnjährigen Bestehens der Forschungsanstalt wurde anerkennend der Vorkämpfer und Förderer dieses Instituts gedacht. Die Anstalt gliedert sich in ein chemisches, bakteriologisches und physikalisches Institut, in ein solches für Milchverarbeitung, Milchverwertung und Maschinen. In den bisher 25 Lehrgängen sind rund 27 000 Personen ausgebildet worden.

Die beiden ersten Tage waren ausgefüllt mit je vier Vorträgen. Sie waren abgestellt auf die Anforderungen, die das Reichsmilchgesetz mit seinen von den Ländern erlassenen Ausführungsbestimmungen von der gesamten Milchwirtschaft verlangt. Es wurde gesprochen über: Das Reichsmilchgesetz und die städtische Milchversorgung; § 38 des Reichsmilchgesetzes in Theorie und Praxis; Das Reichsmilchgesetz und seine Einwirkung auf die Milchverarbeitung; Veterinärfragen im Reichsmilchgesetz,

unter besonderer Berücksichtigung der milchwirtschaftlich wichtigsten Tierseuchen; Bau und Einrichtung der Molkereien unter der Einwirkung des Reichsmilchgesetzes; Die Infektionsquellen im Kuhstall und in den Meiereibetrieben und ihre Bekämpfung; Die Standardisierung der Kontrollmethoden im Rahmen des Reichsmilchgesetzes; Die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung der Molkereien.

Diese Vorträge wurden an beiden Tagen abends zur Aussprache gestellt. Es zeigte sich, daß über eine ganze Anzahl von diesen gesetzlichen Bestimmungen Unklarheit herrscht, die von den Vortragenden erläutert wurden. Eine lebhaft Aussprache setzte über den vielumstrittenen § 38 des Milchgesetzes ein, der den Zusammenschluß der Erzeugerbetriebe sowie milchbearbeitenden und -verarbeitenden Betriebe zur Regelung der Verwertung und des Absatzes von Milch und Milcherzeugnissen fordert. Es wurde von der Mehrzahl der Redner darauf hingewiesen, daß die heftige Kritik an dem § 38 unberechtigt sei. Der freiwillige Zusammenschluß sei dem Zwangszusammenschluß vorzuziehen. In einigen Gegenden des Reichs sei dem schon gefolgt worden. Nach § 13 dürfen nur Personen bei der Gewinnung, Verarbeitung und im Verkehr mit Milch beschäftigt werden, die nicht mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind. Die obersten Landesbehörden bestimmen, in welchem Umfang die Arbeitsämter zu unterrichten sind und wer die Kosten der Untersuchungen zu tragen hat.

Mit einer Studienfahrt von Kiel nach Hamburg wurde die Tagung abgeschlossen. Besichtigt wurden die Molkereien in Wandsbek, Wrist, Elmshorn und der Konsumgenossenschaft „Produktion“ in Hamburg. Die verschiedenartigen Neuerungen und muster-gültigen Einrichtungen zeigten den technischen Fortschritt und die hygienisch einwandfreie Be- und Verarbeitung der Milch und der daraus hergestellten Produkte.

### Sozialer Unfug?

Die alte Leier.

Gegen die Soziallasten zu schimpfen, ist immer ein Privileg des reaktionären Bürgertums gewesen. In dieser Front stehen auch die Böttchmeister, weil sie glauben, daß es die Soziallasten sind, die ihnen das Leben so schwer machen. In der Nummer 5 der „Mitteldeutschen Küfer-Zeitung“ wird deshalb gefragt, wann endlich ein fühlbarer Abbau der Soziallasten kommt. Dabei wird die Sozialversicherung als „sozialer Unfug“ hingestellt. Wir sind aber davon überzeugt, daß die Mehrzahl der Böttchmeister die Sozialversicherungen zu schätzen wissen. Denjenigen, die diesen Versicherungseinrichtungen feindlich gegenüberstehen, muß klargemacht werden, daß die Sozialversicherungen nicht geschaffen wurden, um der Arbeiterschaft ein Paradies auf Erden zu bereiten, sondern um an ihnen die Schäden der kapitalistischen Wirtschaft wiedergutzumachen.

Ist es die Schuld des Arbeiters, wenn er in Ausübung seines Berufes krank oder invalid und damit erwerbsunfähig wird? Ist es die Schuld des Arbeiters, wenn seine Arbeitskraft nicht mehr benötigt wird und er deshalb dem Hunger und der Verzweiflung ausgesetzt ist? Nein, es ist allein die Schuld der kapitalistischen Wirtschaft, in der sich die Produktionsmittel in den Händen weniger befinden, die dem Arbeiter für seine Leistungen nur eben so viel zahlen, daß er sein Leben von einem Tag zum anderen fristen kann, und die den Arbeiter auf die Straße setzen, wenn sie seine Arbeitskraft nicht mehr benötigen. Dieses kapitalistische System mit seinen Schäden wird von den Böttchmeistern verteidigt. Ihr Klagen über die Soziallasten ist deshalb unangebracht.

### Weinmosternte im Jahre 1931

Geringer Rückgang der Rebfläche.

Seit dem Jahre 1911 ist die Anbaufläche für Reben ständig zurückgegangen. In diesem Jahre wurden noch 81 500 Hektar mit Reben bepflanzt, 1931 sind es nur noch 71 179 Hektar gewesen. Trotz dieses mehr als 12prozentigen Rückganges hat sich der Weinmostertrag erheblich gesteigert. Während 1911 rund 2,17 Millionen Hektoliter erzielt wurden, beziffert sich der Ertrag 1931 auf der verringerten Anbaufläche auf 2,84 Millionen Hektoliter. Der Ertrag im vorhergehenden Jahre war nur um rund 3000 Hektoliter niedriger. Der Ertrag pro Hektar belief sich im Berichtsjahr auf 39,9 Hektoliter. Es ist dies der höchste Hektarertrag, der seit 1911 erzielt werden konnte. Eine fast gleich große Rekordernte wurde mit 39,4 Hektoliter pro Hektar im Jahre vorher erzielt.

Außerordentlich starke Schwankungen sind hinsichtlich des erzielten Preises zu beobachten. Bei Wein beeinflusst nur in den seltensten Fällen die Größe des vorhandenen Vorrates die Preisgestaltung. Ausschlaggebend ist fast immer die Qualität des Weines, die allein abhängig ist von der Witterung. So sehen wir, daß bei der Ernte

von 1927, die mengenmäßig fast um die Hälfte größer war als im vorhergehenden Jahr, ein Rekorddurchschnittspreis von 102 Mk. je Hektoliter erzielt wurde. Die mengenmäßig doppelt so große Ernte 1930 brachte nur einen Durchschnittspreis von 42,4 Mk. je Hektoliter; 1931 wurde gar nur ein Preis von 28,9 Mk. je Hektoliter Most erzielt.

Die im Ertrag stehenden Rebflächen verteilen sich fast gleichmäßig auf die süddeutschen Länder. An erster Stelle steht Bayern mit einer Rebfläche von fast 19 000 Hektar. Ihm folgen die südlichen Provinzen Preußens mit rund 15 500 Hektar. In Hessen stehen rund 14 000 und in Baden 12 400 Hektar im Ertrag. Nur 146 Hektar Rebfläche gibt es in Sachsen. Bei Weißwein ist der größte Hektarertrag mit 56,7 Hektoliter im Mosel-, Ruwer- und Saargebiet zu finden. Der größte Hektarertrag bei Rotwein wurde in Bayern mit 64,1 Hektoliter erzielt.

Erstmals in diesem Jahre wurde gleichzeitig mit der mengenmäßigen Ermittlung auch eine Qualitätsermittlung durchgeführt. Aus dem Ergebnis ist ersichtlich, daß der Weinmost 1931 nur zu einem verschwindenden Prozentsatz das Prädikat „Sehr gut“ erhalten hat. Die weitaus größten Mengen konnten als „Gut“ oder „Mittel“ bezeichnet werden.

### Bekanntmachungen des Vorstandes

**Ausschlüsse.** Auf Antrag der Ortsgruppe Hamburg werden Heinrich Witt, Schlachter, geboren am 2. Mai 1882 in Parkow, Buchnummer 11 883, Hermann Sethmann, Schlachter, geboren am 24. August 1897 in Hamburg, Buchnummer 11 561, und Michael Müller, Schlachter, geboren am 25. Oktober 1891 in Holzkirchen, Buchnummer 17 330, wegen Verandsschädigung ausgeschlossen. **Der Vorstandsvorsitz.**

### Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 8. bis 14. April 1932.

Postscheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

#### Ortsgruppen:

Dresden 269,92, Angermünde 12,80, Braunschweig 47,76, Danzig 59,28, Falkenburg/Ob.-Schl. 65,66, Hannover 152,13, Fürstenberg 17,43, München 277,52, Neustadt/Ob.-Schl. 112,31, Pegau 267,95, Pulsnitz 45,00, Salzwedel 41,57, Weißwasser 142,66, Gerabronn 45,08, Halle 59,24, Leipzig 1172,16, Waldenburg 826,94, Freiburg/Br. 38,96, Erlangen 5,33, Greiz 400,00, Hirschberg 67,05, Könnern 414,59, Mersburg 495,12, Neumünster 281,10, Nortorf 39,28, Osterburg 42,40, Prenzlau 176,31, Riesa 920,00, Solingen 26,64, Wittenberg 427,41, Brieg 15,29, Wilhelmshaven 473,12, Neumünster 240,00, Wismar 171,12, Chemnitz 84,69, Düsseldorf 157,63, Mainz 88,60, Stuttgart 129,72, Berlin 13,05, Alsbach 147,97, Burg 256,71, Jever 144,48, Ilmenau 92,66, Kamenz 35,25, Labiau 31,45, Lägerdorf 92,46, Lindau 101,20, Parchim 96,31, Veltzin 91,20, Heilbronn 17,80, 10,00, Kempten 620,20, Memmin 377,78, Köln 102,89, Heilbronn 119,50, 106,50, Worms 1392,39, Mainz 0,60, Herford 198,72, Kassel 414,95, München 3797,65, Nürnberg 1937,18, Stuttgart 3463,11, Aschersleben 171,34, Lütz 91,63, Naumburg 42,93, Schmölln 60,49, Spottau 104,37, Stadfurt 422,58, Willhen 192,75, Wriezen 81,81, Zeitz 295,46, Lübeck 27,73, Bielefeld 79,96, Bernburg 49,50, Gerabronn 100,00, Braunschweig 89,46, Landshut 605,00, 229,58, Marz 17,93, Potsdam 400,00, Sangerhausen 79,08, St. Margarethen 78,19, Königsberg-Pr. 53,46, München 18,00, Gießmannsdorf 229,82, Hainau 170,71, Plauen 583,67, Rathenow 616,25, Schwenningen 147,85, Dortmund 104,26, Ilmenau 1,00, Lauenburg/E. 10,00, Halberstadt 3630,20, Dessau 236,15, Fretzdorf 60,03, Kelbra 18,31, Kempten 4,50, Neustettin 45,51, Oelsnitz 305,05, Pöbbeck 562,21, Unruhstätt 53,00, Weißenfels 623,83, Wittenberge 3,79, Mannheim 117,56, Oldenburg 24,59, Lstedt 185,40, Bitterfeld 1,00, Cammin 177,38, Döbeln 953,91, Emden 612,07, Falkenstein/V. 450,00, Gießen 74,35, Lützen 196,16, Saalfeld 52,30, Schleswig 157,32, Bremen 35,00, Gleiwitz 44,80, Neibe 77,53, Bielefeld 45,00, Frankfurt/O. 245,00, Köthen 161,22, Krefeld 809,00, Christianstadt 37,58, Hindenburg 747,91, Krakow 212,31, Lägerdorf 33,70, Lauenburg/P. 73,77, Neuruppin 30,46, Pritzwalk 103,63, Reichenbach/V. 229,58, Schwiebus 149,62, Veltzin 6,50, Wittstock 96,22, Zehdenick 83,38, Aalen 335,29, Bartenstein 148,35, Darkehmen 110,44, Glitz 280,89, Hermsdorf 249,45, Insterburg 104,83, Homburg v. d. H. 176,46, Kahla 156,63, Polzin 97,95, Radolitz 513,31, Ratibor 55,00, Wartenburg 48,68, Aurich 24,10, Gerdaun 73,37, Lüneburg 417,33, Jena 921,00, Pinneberg 24,02, München 3,80.

#### Sonstiges:

Hindenburg 8,00, Berlin 60,00, 97,18, 1,50, Kulmbach 67,20, Berlin 168,00, 35,01, 4,18, Hamburg 2,10, 7,90, Liebschwitz 11,24, Berlin-80,00, 160,31, 124,20, Hamburg 3000,00, 0,70, Berlin 200,00.

### Korrespondenzen

Leipzig. Die Nazis haben die Fleischerhirsche schon gründlich gerüttelt und ihren Busch besonders geschüttelt. Und wie verteidigen diese sich? Sie lassen dem Schicksal freien Lauf. Busch geht trotz Einladung in keine gegnerische Versammlung. Das überläßt er seinen Verbandskollegen, deren 8 von 15 bereits Nazis sind, und seinem Kollegen Westphal. Westphal, dem „Gefeierten“ von Homburg. Diese Fleischernazis waren mit Westphal auch in einer von unserem Verband einberufenen Fleischerversammlung, in der Kollege Hensel, Berlin, über: „Freie oder nationalsozialistische Gewerkschaften“ referierte. Busch war nicht erschienen. Zwei Nazis als Diskussionsredner stellten sich als Bundesvorstandsmitglieder vor, der eine, ein Meisterssohn, zugleich als Nazigruppenleiter. Beide kennzeichneten den Bund und erst recht Busch in einer Art, die ihresgleichen sucht. Busch müsse und werde verschwinden, der Bund müsse reformiert werden. Und zu allem schwieg Westphal, trotz Aufforderung der Nazis sich zu äußern. Es muß manches faul sein im Hirsche-Bund, um so mehr, als der Mut zur Verteidigung fehlt; selbst auf die Beschuldigungen in den zwei vorangegangenen Naziversammlungen fehlt noch jede Antwort.

Wiesbaden. (Im Zeichen des Dritten Reiches.) Die Fleischer-Innung Wiesbaden kündigte am 26. März 1932 den Mantel- und Lohntarif mit folgender Begründung: „Der Tarif soll in einigen Paragraphen

Schlüss mit dem **Nazipunkt** WAHLT Sozialdemokratie

geändert werden, namentlich in bezug auf Urlaubsdauer und die Regelung der Vergütung bei Krankheitsfällen. Die für die heutigen Verhältnisse überhöhten Löhne sollen dem allgemeinen Lohnstande angepaßt werden."

Auf Grund der dauernden Prophezeiungen der Hitler, Frick und Goebbels, daß ab 11. April das Dritte Reich beginnt und nachdem in Wiesbaden neben dem handwerksmäßigen Köpferrollen noch weitere Anzeichen des Dritten Reiches bekannt wurden — die Vergiftung des Trinkwassers mit Anilin —, das alles veranlaßte die Fleischer-Innung, sich dem Dritten Reich anzupassen. Mittels Einschreibebrief wurde folgendes mitgeteilt:

„Als Nachtrag zu unserer am 26. März 1932 erfolgten Kündigung des Mantel- und Lohn tariffs teilen wir Ihnen mit, daß wir den Abschluß eines neuen Tarifvertrages ablehnen, da die überwiegende Mehrzahl der hier bei Innungsmitgliedern beschäftigten Gesellen einer tariffähigen Organisation überhaupt nicht angehören.“

Da an diesem Mantel- und Lohn tariff unser Verband, also freie, der christliche und auch der Fleischerge sellen-Bund als Gruppe der H.-D. Kontrahenten sind, sollen nach der Meinung der Innung diese nicht mehr tariffähig sein. Hätte die Innung einen Tag gewartet, so hätte sie selbst feststellen können, daß das Dritte Reich — mit der Beseitigung der Gewerkschaften — nicht kommen wird. Jetzt haben die Fleischerkollegen überall das Wort.

**Sozial- und Wirtschaftspolitik**

**Keine Zuckerpreissenkung.** Von der SPD, und auch von der Staatspartei liegt im Reichstag ein Antrag vor, den Zuckerpreis zu senken, um eine Absatzbelebung zu erzielen. Wie dazu vom Reichsernährungsministerium mitgeteilt wird, ist es an sich begrüßenswert, den Zuckerkonsum zu heben. Dies darf aber nicht auf Kosten der Landwirtschaft geschehen, sondern kann nur durch Steuersenkung erzielt werden. Im Reichsfinanzministerium ist man demgegenüber der Auffassung, daß jede Senkung der Zuckersteuer angesichts der Finanzlage unmöglich sei. Während des Wahlkampfes ist mehrfach mitgeteilt worden, daß Zuckerfabrikanten die Nazis finanzieren. Daraus erklärt sehr einfach, warum der Zuckerpreis nicht gesenkt werden kann.

**Getreide- und Mehlvorräte.** Das Statistische Reichsamt hat Ende Februar eine Erhebung über die in Mühlen und Lagerhäusern eingelagerten Vorräte von Getreide und Mehl durchgeführt. Erfasst wurden insgesamt 9500 Betriebe. Außerhalb der Erhebung blieben nur solche Mühlen mit weniger als 5 Tonnen Tagesleistung und Lagerhäuser, die weniger als 150 Tonnen Fassungsvermögen haben. Schätzungsweise sind 95 Prozent der in zweiter Hand befindlichen Vorräte erfasst. Die Vorräte, die sich bei Landwirten und Bäckern, sowie Bestände, die am 29. Februar durch Schiff oder Eisenbahn befördert wurden, blieben gleichfalls außerhalb der Erhebung. Ermittelt wurden insgesamt 440 000 Tonnen Weizen inländischer und 104 000 Tonnen ausländischer Herkunft, 200 000 Tonnen Roggen inländischer und 165 000 Tonnen ausländischer Herkunft. Inländisches Weizenbackmehl wurden 140 000 Tonnen und inländisches Roggenbackmehl 39 000 Tonnen ermittelt. Ausländisches Mehl ist nur in geringen Mengen festgestellt worden. Die Vorratsermittlung ist Ende März wiederholt worden.

**Erzeugung der Nahrungs- und Genußmittelindustrien.** Im neuesten Wochenbericht des Instituts für Konjunktur- und Forschung wird darüber berichtet, wie der Verbrauch und die Verbrauchsgütererzeugung unter dem Druck der anhaltenden Krise in zunehmendem Maße zurückgeht. Insbesondere ist dies bei den Nahrungs- und Genußmitteln der Fall. Der Umsatz dieser Verbrauchsgüter ist im Februar erstmalig stärker zurückgegangen als der Umsatz an Bekleidungsstücken. Diese Erscheinung ist mit größter Wahrscheinlichkeit darauf zurückzuführen, daß der Bedarf an Kleidung einen Stand erreicht hat, der eine weitere Schrumpfung nicht zuläßt und daß unter diesem Zwang die Bevölkerung ihre Ausgaben für Ernährung entsprechend einschränkt.

Die Erzeugung von Nahrungs- und Genußmitteln ist bis zum Jahre 1928 immer aufwärts gerichtet gewesen. Im Jahre 1931 trat nur ein verhältnismäßig geringer Rückgang ein, lediglich die Erzeugung von Bier, Tabak und Branntwein ist seit Mitte des Jahres stärker in Mitleidenschaft gezogen worden, was teils auf die steuerliche Mehrbelastung überwiegend aber auf die Einkommensminderung der breiten Bevölkerungsschichten zurückzuführen ist. Die Indexziffer der Nahrungs- und Genußmittelerzeugung ist bis zum Januar 1932 auf 77,7 (1928 gleich 100) zurückgegangen. Das Arbeitseinkommen hingegen ist auf 65 Proz. des Standes vom Jahre 1929 gesunken.

**Genossenschaftliche Rundschau**

**Stützung von Konsumgenossenschaften durch das Reich.** Durch die Tagespresse gingen in letzter Zeit Meldungen, die besagten, daß die Reichsregierung beabsichtige, den Konsumgenossenschaften eine größere Unterstützung von etwa 12 bis 15 Millionen Mark zu gewähren. Insbesondere rief dieses Gerücht die Gegner der Konsumgenossenschaften auf den Plan, die überall glaubten, die Gewährung eines Reichszuschusses an gefährdete Konsumvereine mit den gehässigsten Mitteln verhindern zu müssen.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine sah sich daher veranlaßt, mit Ausführungen an die Öffentlichkeit zu treten, die eine sachliche Aufklärung über die in Betracht kommenden Fragen enthalten.

Seit der Julikrise im vorigen Jahr ließ die Reichsregierung auf die verschiedenste Art und Weise allen möglichen Zweigen der privatkapitalistischen Wirtschaft Unterstützungen zukommen. Insbesondere wurden auch die Genossenschaften des gewerblichen Mittelstandes, der sich heute besonders über die Pläne einer etwaigen Konsumvereinsunterstützung ereifert, auf dem Wege über die Dresdner Bank mit einer umfangreichen Reichshilfe bedacht. Die Konsumgenossenschaften erklärten damals in sachlicher Weise, daß sie sich bisher als so krisenfest erwiesen hätten, daß sie eine derartige Stützung vorläufig nicht in Anspruch zu nehmen brauchten. Die fortschreitende Not der minderbemittelten Bevölkerungsschichten, die den Hauptteil der Konsumgenossenschaftsmitglieder stellen, zog jedoch immer stärkere Abhebungen der bei den Konsumgenossenschaften angelegten Spargelder nach sich. Die öffentlichen Sparkassen, die Gelder aus allen Schichten der Bevölkerung verwalten und infolgedessen von der Not der Arbeiter, insbesondere der Erwerbslosen, weniger stark betroffen wurden, erhielten Reichsmittel in größerem Umfang, um den an sie herantretenden Anforderungen gerecht zu werden. Die Konsumgenossenschaften erfüllten ungleich höhere Anforderungen aus eigener Kraft. Wenn sie jetzt in einem Augenblick, da sich die Not ihrer Mitglieder infolge der Schwierigkeiten innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft bis ins Unerträgliche steigert, im Interesse nicht nur der Erhaltung einzelner Genossenschaften, sondern der Gesamtwirtschaft eine Stützung vom Reich fordern, so ist dieses Verlangen durchaus gerecht. Es erscheint sogar noch gerechter, wenn man bedenkt, daß nur diejenigen Beträge vom Reich zurückgefordert werden, die dieses auf Grund der erhöhten Umsatzsteuer für Großbetriebe von den Konsumgenossenschaften eingezogen hat. Kein gerecht denkender Mensch würde je verstehen können, wenn die Reichsregierung die Konsumgenossenschaften mit anderem Maß messen wollte als die Genossenschaften des Mittelstandes und der Landwirte. Es ist kein unbilliges Verlangen, das die Konsumgenossenschaften stellen. Sie fordern nur gleiches Recht für alle und diejenige Berücksichtigung durch den Staat, die ihnen nicht weniger als dem gewerblichen Mittelstand in der Reichsverfassung verbürgt ist.

**Internationales**

**40 Jahre Mühlenarbeiterorganisation in Oesterreich.** Am 17. April feierte die Gruppe der Mühlenarbeiter im Zentralverband der Lebens- und Genußmittelarbeiter ihr 40jähriges Bestehen. Die Vorläufer zu dieser Organisationsgründung reichen noch viele Jahre weiter zurück. Schon im Jahre 1869 ist es ein Müllergeselle gewesen, der innerhalb einer Deputation dem damaligen Ministerpräsidenten eine Petition wegen Inkraftsetzung des Koalitionsrechtes und des Vereins- und Versammlungsrechtes überreichte. Er wurde dafür zu mehreren Monaten schweren Kerker verurteilt. Als das Koalitionsrecht im Jahre 1871 dann in Kraft trat, versuchten die Müller von Fichamend ihre erbärmlichen Arbeitsverhältnisse zu ändern. Es blieb bei dem Versuch, weil eine straffe Organisation nicht in Erscheinung trat. Auch andere Versuche die Lage der Mühlenarbeiter zu ändern schlugen fehl, weil die Unternehmer kein Mittel unversucht ließen, jeden Keim zur Organisation sofort zu ersticken. Aber Opfermut und Ueberzeugungstreue führte auch hier bald zum Ziel. Im Jahre 1887 wurden die Wiener Müllergesellen zu einer Versammlung aufgerufen, die dann, weil sie sofort verboten wurde, im Freien stattfand und durch die Bajonette der Gendarmerie aufgelöst wurde.

Zu einer festen Organisation kam es trotz aller Versuche erst am 6. April 1890 in einer Versammlung der Wiener Müller, die beschloß, Statuten auszuarbeiten und diese zur Genehmigung einzureichen. Ein Jahr später zeigten sich Organisationsansätze in Böhmen und Schlesien. Nach eingehender Vorarbeit tagte dann am 17. April 1892 die konstituierende Versammlung. 400 Müllergesellen aus allen Teilen Oesterreichs nahmen daran teil. Fast alle wurden Mitglieder der neugebildeten Organisation. Beschlossen wurde, daß die „Bäckerzeitung“ auch die Zeitung der Mühlenarbeiter wird.

Seit dieser Gründung wurde unermüdlich daran gearbeitet, die trostlosen Arbeitsverhältnisse der von einem protzenhaften und jedes sozialen Empfindens baren Unternehmertum bedrückten Mühlenarbeiter zu bessern. Große Erfolge wurden erzielt. Unsere besten Wünsche begleiten den ferneren Weg dieser Gruppe unserer Bruderorganisation.

**Tschechoslowakei.** Im Verbandsorgan des Verbandes der tschechischen Bäckermeister vom 1. April erschien folgende Notiz:

„In Deutschland wurde der Beginn der Vorbereitungsarbeiten in den Bäckereien auf 3 Uhr morgens bestimmt und für den Verkauf von Bäckereiwaren 7 Uhr früh. Ab 1. d. M. wurde auf Grund des Beschlusses des Arbeitsausschusses des Berliner Staatsrates (Wirtschaftsbeirates) den Bäckereien in den Städten mit mindestens 100 000 Einwohnern ermöglicht, auf 3 Schichten zu 8 Stunden zu arbeiten, jedoch mit der Bedingung, daß während der Nachtschicht Arbeiter unter 18 Jahren nicht beschäftigt werden dürfen.“

Erstaunt sind wir über die Dreistigkeit, mit der die Redaktion der tschechischen Bäckermeister-Zeitung versucht, Unwahrheiten über Eingriffe in unser Bäckerschutzgesetz zu verbreiten. Die Notiz trägt den Stempel der Lüge. Auch im Auslande sollte man wissen, daß es einen Arbeitsausschuß des Berliner Staatsrates nicht gibt. Wie in Deutschland und anderen Ländern, wo das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien besteht, versucht wird, diese hochwichtigen Kulturerrungenschaften zu beseitigen, so geschieht der Ansturm seit vielen Jahren vom Unternehmertum in der Tschechoslowakei. Erfreulicherweise konnten auch diese Vorstöße von unserer Bruderorganisation abgewehrt werden und weil die Unternehmer trotz größter Anstrengungen bisher nicht auf ihre Rechnung kamen, so wird von Zeit zu Zeit mit Lügennotizen über Vorgänge in Deutschland auf die Regierungen einzuwirken versucht. Damit werden die Reaktionäre kein Glück haben. Es muß schlecht um ihre Gründe bestellt sein, wenn sie mit Lügen zu ihrem Ziele gelangen wollen.

**Anzeigen**

Unserm Kollegen Michael Fink, Brauer, und seiner lieben Gattin zur Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche. [1,50] Ortsgruppe Kempten.

Unserm Kollegen Reinhold Mängel zu seinem am 16. April d. J. stattgefundenen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,50] Ortsgruppe Frankfurt/Oder.

Unserm lieben Kollegen Simon Fischer und Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,50] Seine Kollegen der Brauerei Becker, St. Ingbert.

Unserm Kollegen Karl Guetlich nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. Die Kolleginnen und Kollegen der Fa. Liebenstein, Weinhandlung, Mainz. [2,10]

Unserm Kollegen, dem Böttcher Oskar Oertel zu seinem 50jährigen Berufsjubiläum am 15. April d. J. die besten Glückwünsche. [1,50] Ortsgruppe Neustadt a. d. Orla.

Unserm werten Kolleg, Heinrich Pflmayer sowie seiner lieben Braut Maria zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,50] Ortsgruppe Neustadt a. d. Orla.

Unserm Kollegen, dem Böttcher Karl Blochberger und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [1,50] Ortsgruppe Rudolstadt.

Unserm Kollegen Eduard Lindner zu seinem am 9. März stattgefundenen 25jährigen Verbandsjubiläum die besten Glückwünsche. Die Ortsgruppe Kitzingen. [1,50]

Unserm Kollegen Paul Micklitz zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,20] Ortsgruppe Frankfurt a. d. Oder.

Unserer Kollegin Else Hesse und ihrem Gemahl die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,20] Ortsgruppe Magdeburg.

Unserm Kollegen Karl Zillgitt und seiner lieben Frau nachträglich zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]

Die Kollegen vom Fahrpersonal der Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei, Abteilung II.

Unsern lieben Kollegen und Vertrauensmann Max Haas nebst seiner werten Braut Liesi gute Fahrt im Hafen der Ehe. [1,80] Die Kollegen der Innstadtbrauerei und die Ortsgruppe Passau.

Unserm Kollegen Otto Fuchs zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,50] Die Kollegen dbr Berliner Kindl-Brauerei, Abtlig. III, Weißensee.

Unserm werten Kollegen Alfred Lesat nebst seiner lieben Braut Jenny zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,80] Die Kollegen der Ballt. Spritwerke, Danzig-Neufahrwasser.

Unserm Kollegen Jos. Weger u. seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,80] Sektion der Brauer, Ortsgruppe Rosenheim

**Nachruf!**

Es starb unser langjähriges Mitglied, der Küfer Wilhelm Jonas Klosterbrauerei Metternich. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [3,60] die Ortsgruppe Andernach.

**Nachruf!**

Am 17. März 1932 verstarb unser langjähriges Mitglied, der Kollege Hermann Martin, Invalide Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren. [3,60] Ortsgruppe Zwickau.

**Nachruf!**

Im 1. Quartal 1932 starben unsere werten Mitglieder: Gottfried Marby, Fleischer, 56 Jahre Richard Gorwoda, Brauer, Invalide, 69 Jahre Margarete Leh, Süßwarenarbeiterin, 34 Jahre Dorette Wolf, Süßwarenarbeiterin, Invalide, 74 Jahre Hermann Landmann, Böttcher, 56 Jahre Wir werden ihrer immer ehrend gedenken! [8,40] Ortsgruppe Hannover

**Nachruf!**

Von den Mitgliedern der Ortsgruppe Würzburg verstarben im 1. Quartal 1932: Georg Streitenberger, Hilfsarbeiter Julius Herbig, Bierführer Ernst Fuchs, Böttcher Josef Reab, Maschinist [8,40] Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsgruppe Würzburg

**Nachruf!**

Im 1. Quartal 1932 wurden uns folgende Mitglieder durch den Tod entrissen: Paul Pickert, Bäcker Ernst Oetjen, Brauereiarbeiter, Invalide Ernst Klingenberg, Bäcker, Invalide Ehre ihrem Andenken. [7,80] Ortsgruppe Bremen

**Nachruf!**

Im 1. Quartal 1932 starben die Kollegen Ewald Schmidt, Kopschlichter, 74 Jahre Wilhelm Beckhaus, Maschinist, 50 Jahre Die Ortsgruppe wird den verstorbenen Kollegen jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren. [7,80] Ortsgruppe Wuppertal

# Frauenrecht

JAROSLAV HÁSEK:

## Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer  
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner  
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

15. Fortsetzung

„Am besten,“ sagte einer von den Simulanten, „läßt sich Wahnsinn simulieren. Von unserm Lehrkörper sind nebeuan im Zimmer zwei, einer schreit fortwährend bei Tag und Nacht: „Der Scheiterhaufen Giordano Brunos raucht noch, erneuert den Prozeß Galileis!“ und der zweite bellt, erst dreimal langsam: haf — haf — haf, dann fünfmal schnell nacheinander: hafhafhafhafhaf und wieder langsam und so gehts immerfort. Er hats schon über drei Wochen ausgehalten. Ich hab auch ursprünglich einen Narren machen wolln, einen religiösen Wahnsinnigen und von der Unfehlbarkeit des Papstes predigen wolln, aber zum Schluß hab ich mir von einem Raseur auf der Kleinsseite für fünfzehn Kronen einen Magenkrebs angeschafft.“

„Ich kenn einen Rauchfangkehrer in Brewnow,“ bemerkte ein anderer Patient, „der macht euch für zehn Kronen so ein Fieber her, daß ihr aus dem Fenster springt.“

„Das is nix,“ sagte ein anderer, „in Wrschowitz ist eine Hebamme, die euch für zwanzig Kronen so gut das Bein ausrenkt, daß ihr euer Leben lang ein Krüppel bleibt!“

„Ich hab das Bein für fünf Kronen ausgerenkt.“

„Mich kostet meine Krankheit schon über zweihundert,“ verkündete sein Nachbar, eine vertrocknete Stange, „nennt mir welches Gift ihr wollt, ihr werdet keins finden, das ich noch nicht genommen hab. Ich bin ein lebendiges Giftmagazin. Ich hab Sublimat getrunken, ich hab Quecksilberdämpfe eingeatmet, ich hab Arsen gekaut, ich hab Opium geraucht, ich hab eine Opiumtinktur getrunken, ich hab mir Morphinum aufs Brot gestreut, ich hab Strychnin geschluckt, ich hab eine Phosphormischung von Schwefel und Schwefelsäure ausgetrunken. Ich hab mir Leber, Lunge, Nieren, Galle, Hirn, Herz, Därme ruiniert. Niemand weiß, was für eine Krankheit ich hab.“

„Das beste is,“ behauptete jemand von der Tür her, „wenn man sich Petroleum unter die Haut am Arm spritzt. Mein Vetter war so glücklich, daß man ihm den Arm bis untern Ellbogen abgenommen hat und heut hat er vom Militär Ruh.“

„No also, seht ihr,“ sagte Schwejk, „das alles muß jeder für unsern Kaiser aushalten. Sogar das Magenpumpen und das Klystier. Wie ich vor Jahren bei meinem Regiment gedient hab, da wars noch ärger. Da hat man so einen Maroden krummgeschlossen, zusammengewunden und ins Loch geworfen, damit er sich auskuriert. Da hats keine Kavalets gegeben, wie hier, oder Spucknapfe. Eine bloße Pritsche, und auf der sind die Maroden gelegen. Einmal hat einer wirklichen Typhus gehabt und der andre neben ihm schwarze Blattern. Beide waren krummgeschlossen und der Regimentsarzt hat sie in den Bauch gekickt, daß sie herich Simulanten sind. Dann, wie diese zwei Soldaten gestorben sind, is es ins Parlament gekommen und in der Zeitung gestanden. Man hat uns gleich verboten, diese Zeitungen zu lesen und eine Koffervisitation gemacht, wer diese Zeitungen hat. Und wie ich halt schon immer Pech gehabt, hat man sie beim ganzen Regiment nirgends gefunden, nur bei mir. So hat man mich also zum Regimentsrapport geführt und unser Oberst, so ein Ochs. Gott hab ihn selig, hat angefangen mich anzubrüllen, daß ich grad stehu soll und gefragt, wer das in diese Zeitung geschrieben hat, oder er wird mirs Maul von einem Ohr zum andern zerreißen und mich einsperren lassen, bis ich schwarz wer. Dann is der Regimentsarzt gekommen, hat mir mit der Faust vor der Nase herumgefuchelt und geschrien: „Sie verfluchter Hund, Sie schabiges Wesen, Sie unglückliches Mistvieh, du Sozialistenbengel du! Ich schau allen aufrichtig in die Augen, zinker nicht mal und schweig, die Hand an der Mütze und die Linke an der Hosenfalte, sie laufen um mich herum wie Hunde, belln mich an und ich fort wie wenn nichts. Ich schwieg, leist die Ehrenbezeugung, die linke Hand auf der Hosenfalte. Wie sies so vielleicht eine halbe Stunde getrieben ham, is der Oberst auf mich zugehauert und hat gebrüllt: Bist du ein Blödian oder bist du kein Blödian? — Melde gehorsamst, Herr Oberst, ich bin ein Blödian. — Einundzwanzig Tage strengen Arrest wegen Blödität, zwei Fasttage wöchentlich, einen Monat Kasernenarrest, achtundvierzig Stunden Spangen, gleich einsperren nichts zu fressen geben, zusammenbinden, damit er sieht, daß das Heer keine Blödiane braucht. Wir wern dir schon die Zeitungen aus dem Kopf schlagen, du Falott, entschied sich der Herr Oberst nach langem Herumlafen. Während ich gesessen bin, ham sich in der Kaserne Wunder ereignet. Unser Oberst hat den Soldaten überhaupt verboten zu lesen und wenns auch nur die „Pravké Uredai Noviny“ waren in der Kantine ham sie nicht mal Würstl und Käsl in Zeitungen wickeln dürfen. Seit der Zeit ham die Soldaten angefangen zu lesen und unser Regiment war das gebildetste. Wir ham alle Zeitungen gelesen und bei jeder Kompanie hat man Verse und Lieder gegen den Herrn Oberst gemacht und wenn was beim Regiment geschehn is, hat sich immer in der Mannschaft irgendein Wohltäter gefunden, ders in die Zeitung gegeben hat unter dem Titel: „Soldatenmißhandlungen.“ Und dran war noch nicht ge-

## Warum wählen wir Frauen nicht Nazi?

Es ist auffallend, daß bei den Wahlen die Nationalsozialisten so wenig kundtun von dem, was in ihrem Programm auf die Frauen Bezug hat. Früher vernahm man laut und deutlich, wie über die Frauen gedacht wird und welchen Platz man ihnen zuzuweisen gedenkt.

Muß das nicht jede Wählerin stutzig machen? Halten wir Umschau, sicherlich appelliert Hitler in seinen unzähligen Wochenplakaten an die Frauen, an die Familie — aber mit welcher Begründung? Mit leeren Phrasen, die ihn den Frauen gegenüber zu nichts verpflichten. Da ist kein Sterbenswörtchen zu finden, das den Frauen Schutz ihrer hart erworbenen Rechte zusichert, kein Wort, das ihnen als Mütter eine würdigere Stellung garantiert. Man schweigt sich aus — vielleicht merken es die Frauen gar nicht und fühlen sich gar noch geschmeichelt, daß wir uns an sie überhaupt wenden! So mögen sie denken, diese männlichsten aller Männer, die keine Frau in ihrem Kreise wirklich hochkommen lassen und ihnen nur dienende Stellung zubilligen. Ist das ehrliche Politik, soll das deutsche Art sein?

Aber bevor man in Wort und Schrift wahlgemäß vorsichtig wurde, da haben wir Frauen genug davon gehört: Die Frau soll ins Haus zurück, sie ist dem Manne unterstellt, untergeben... sie hat Kinder zu gebären. Und sonst gar nichts!

Hitler wird natürlich mit seinem Zauberstab den verlorenen Krieg und alles was sich zwangsweise daraus ergeben hat, wie auch Weltwirtschaftskrise — die keineswegs nur eine deutsche Angelegenheit ist — beheben. Er wird jedem Mann einen Posten geben, der nicht nur ihn, sondern Weib und viele Kinder sorgenlos ernährt. Wohlan: Frauen, bleibt zu Hause! Können wir uns etwas Idealeres, Schöneres wünschen? Endlich nicht arbeiten zu müssen, wo Heim und Kinder der Mutter Gegenwart bedürfen. Dieser Wunsch, diese Erkenntnis stammt nicht von heute, ist keine Entdeckung der Nazis, die damit offene Türen einrennen wollen. Neu ist aber, daß die Frau ihre Position, die sie sich in Gesellschaft und Staat kraft eigener Leistung geschaffen hat, ohne weiteres aufgeben soll. Sie taugt nicht dafür, wird erklärt. Jede Frau hat eben nur Weib, Gattin und Mutter zu sein, basta. Wenn aber die Veranlagung, die Talente, die Lebensaufgabe andere Ziele setzen? Habt ihr noch nichts davon gehört, daß das geistige, sportliche und künstlerische Schaffen und Erleben

nug. Sie ham den Abgeordneten nach Wien geschrieben, daß sie sich ihrer annehmen solln und die ham angefangen eine Interpellation nach der andern einzubringen, daß unser Herr Oberst eine Bestie is und so was. Irgendein Minister hat zu uns eine Kommission geschickt, damit sie das untersuchen soll und irgendein Franta Hentschl aus Hlubokau hat dann zwei Jahre gefaßt, weil ers war, der sich nach Wien an die Abgeordneten gewendet hat wegen der Watsche, die er am Exerzierplatz vom Herrn Oberst erwischt hat. Dann, wie die Kommission weggefahren is, hat uns der Herr Oberst alle antreten lassen, das ganze Regiment, und sagt, ein Soldat is ein Soldat, er muß das Maul halten und weiter dienen, wenn ihm was nicht gefällt, so is das eine Subordinationsverletzung. „Ihr habt euch also gedächt, ihr Lumpen, daß euch diese Kommission helfen wird,“ sagt der Herr Oberst, „einen Dreck hat sie euch geholfen. Und jetzt wird jede Kompanie an mir vorbei defilieren und laut wiederholen, was ich gesagt hab.“ — So sind wir eine Kompanie hinter der andern marschiert, rechtsschaut, wo der Herr Oberst gestanden is, die Hand am Gewehriemen, und ham ihn angebrüllt: „Wir ham uns also gedächt, wir Lumpen, daß uns diese Kommission helfen wird, einen Dreck hat sie uns geholfen.“ — Der Herr Oberst hat gelacht, daß er sich den Bauch gehalten hat, bis die elfte Kompanie vorbeidefiliiert is. Sie marschiert, stampft, und wie sie zum Herrn Oberst kommt, nichts, Stille, nicht ein Ton. Der Herr Oberst is rot geworn wie ein Hahn und hat die elfte Kompanie zurückgeschickt, damit sies nochmal wiederholt. Sie defiliert und schweigt und eine Reihe nach der andern schaut nur dem Herrn Oberst frech in die Augen. — „Ruht!“ sagt der Herr Oberst und geht am Hof auf und ab, schlägt sich mit der Peitsche über die Stiefelschäfte, spuckt aus, dann bleibt er auf einmal stehn und brüllt: „Abtreten!“, setzt sich auf seinen Gaul und schon is er aus dem Tor heraus. Wir ham gewartet, was mit der eliten Kompanie geschehn wird, und fort wie wenn nix. Wir warten einen Tag, den zweiten Tag, eine ganze Woche, und fort wie wenn nix. Der Herr Oberst hat sich in der Kaserne überhaupt nicht gezeigt, wovon die Mannschaft, die Chargen und die Offiziere große Freude gehabt ham. Dann ham einen neuen Oberst bekommen, und von dem alten hat man erzählt, daß er in einem Sanatorium is, weil er Seiner Majestät dem Kaiser einen eigenhändigen Brief geschrieben hat, daß die elfte Kompanie gemeutert hat.“

Die Zeit der Nachmittagsvisite rückte heran.

Militärarzt Grünstein schritt von Bett zu Bett und hinter ihm ein Sanitätsunteroffizier mit dem Protokollbuch.

„Makunz?“

„Hier!“

cinen Menschen voll ausfüllen und Gutes für die Allgemeinheit daraus entstehen läßt? Müssen alle Frauen heiraten und Kinder kriegen, können sie es überhaupt, läuft das Leben so glatt, so schematisch und monoton? Dann wäre ja Deutschland bald ein einziger großer Kasernenhof!

Vor dem Weltkrieg stand Deutschland im zivilisierten Ausland in schlechtem Ansehen, weil die Frauen so runtergehalten wurden und ihre Männer sie als minderwertig behandelten. Durch die geistige Umwälzung des letzten Jahrzehntes ist das anders geworden. Mit Ehrerbietung wird den deutschen Frauen überall begegnet, denn sie haben sich ihren Platz wirklich tapfer erobert. Trotz ihrer tüchtigen Leistungen in jedem Beruf sind sie gute Hausfrauen und Mütter geblieben, denn die Erfahrung lehrt, daß das eine das andere keineswegs auszuschalten braucht. Das ist es ja gerade, was

die Frau dem Manne voraus hat:

Dank der in ihr schlummernden Mütterlichkeit bringt sie allen Problemen ein viel menschlicheres, sozialeres und mitfühlenderes Verständnis entgegen. Das öffentliche Leben, die Handhabung des Gesetzes, alles, was das praktische Leben, die Familie, die Erziehung der Jugend angeht, kann nur bereichert werden durch den Einfluß der Frau, der naturgemäß die männliche, kühle und rein verstandesgemäße Denkweise ergänzt und ausgleicht. Es hat wahrhaftig lange gedauert, bis sich diese doch eigentlich selbstverständlich gegebene Erkenntnis Bahn machte. Dieser Ausbau verlangt Zeit und Ruhe, das läßt sich nicht überstürzen. Die Balance wird nicht im Sturmschritt gewonnen oder gar dadurch, daß man alle Gewichte, die die Vielseitigkeit der Frau ausmachen, einfach wieder fortnimmt und sich auf Primitive zurückschraubt. Nun soll die Unterminierung wieder anfangen und den Worten Weiblichkeit und Mütterlichkeit engste, beschränkteste Auslegung und Auswirkung widerfahren? Sucht euch die Brunhilden, die sich das gefallen lassen! Die deutsche Frau ist dazu nicht zu bewegen, sie hat zuviel Verantwortungsfühl gegen ihre Kinder und deren Zukunft, um sich mit Kochlöffelschwung in ihre vier Wände zu verkriechen.

Der Frau ihren Platz an der Wahlurne! Gebt acht, daß nicht auch dieser euch noch streitig gemacht wird. Wenn erst die Maschine wieder rückwärts läuft — — —

Louise Diel.

„Klystier und Aspirin! — Kokatko?“

„Hier!“

„Magen auspumpen und Chinin! — Kowarik?“

„Hier!“

„Magen auspumpen und Chinin!“

Und so gings, einer nach dem andern, ohne Erbarmen, mechanisch, kurz.

„Schwejk?“

Doktor Grünstein betrachtete den neuen Zuwachs.

„Hier!“

„Was fehlt Ihnen?“

„Melde gehorsamst, ich hab Rheuma!“

Doktor Grünstein hatte sich während der Zeit seiner Praxis eine feine Ironie angewöhnt, die bedeutend ausgiebiger wirkte als Geschrei.

„Aha, Rheuma,“ sagte er zu Schwejk, „da haben sie eine äußerst schwere Krankheit. Es ist wirklich ein Zufall, Rheuma zu bekommen, wenn ein Weltkrieg ausgebrochen ist und man in den Krieg gehn soll. Ich glaube, das muß Sie schrecklich verdrießen.“

„Melde gehorsamst, Herr Oberarzt, daß es mich schrecklich verdrießt.“

„Da schau her, es verdrießt ihn also. Das ist sehr hübsch von Ihnen, daß Sie sich mit diesem Rheumatismus gerade jetzt an uns erinnern haben. In Friedenszeiten läuft so ein armer Teufel herum wie ein Zickel, aber wie ein Krieg ausbricht, gleich hat er Rheuma und gleich versagen ihm die Knie. Tun Ihnen nicht die Knie weh?“

„Melde gehorsamst, das ja.“

„Und die ganzen Nächte können Sie nicht schlafen, nicht wahr? Rheuma ist eine sehr gefährliche, schmerzhaft und schwere Krankheit. Wir haben hier schon mit Rheumatikern gute Erfahrungen gemacht. Die absolute Diät und die weitere Art unserer Behandlung hat sich sehr bewährt. Sie werden hier früher gesund werden, als in Pystian und werden an die Front marschieren, daß es hinter Ihnen nur so stauben wird.“

An den Sanitätsunteroffizier gewendet, sagte er:

„Schreiben Sie: Schwejk, absolute Diät, zweimal täglich den Magen auspumpen, einmal täglich ein Klystier, und wies weiter gehn wird, werden wir sehn. Inzwischen führen Sie ihn ins Ordinationszimmer, pumpen Sie ihm den Magen aus und bis er zu sich kommt, geben Sie ihm ein Klystier, aber ein ordentliches, daß er alle Heiligen anruft, damit sein Rheuma erschrickt und davonläuft.“

Fortsetzung folgt!